

Geschichte der Pauligemeinde von 1930 - 1960

von Dietrich Kuessner

Die Pauligemeinde am Ende der Republik	3
Die Leitungsebene – Kirchenvorstand und Pfarrer	3
Der kirchliche Alltag	4
Höhepunkte im Quartier und Gemeindeleben	5
Die deutsch-christliche Phase 1933-1935	5
Die Deutschen Christen	6
Die Deutschen Christen erobern den Pauli-Kirchenvorstand	6
Das neue Gemeindehaus wird eingeweiht	7
Lagerhausens Kritik an der neuen Entwicklung	7
Otto Henneberger wird nach Braunschweig geholt	8
Der kirchliche Aufschwung 1933/34 in Zahlen	9
Ein starker Eintrittsboom	9
Deutsche Christen gegen Deutsche Glaubensbewegung	10
Der Antisemitismus Hennebergers	11
Goetzes Nähe zum Pfarrernotbund	11
Die Neubildung des Kirchenvorstandes	13
Die Politische Polizei interessiert sich für Pauli	14
Die kooperative Phase der kirchlichen Mitte 1936 - 1945	14
Die Konfirmation 1936	15
Die Visitation 1937	16
Das Fliegerviertel gehört zur Pauligemeinde	17
Der kirchliche Alltag im Frühjahr 1938	17
Die Entfernung Pfarrer Goetzes aus dem Pauli-Pfarramt II 1938-1942	18
Der rechtswidrige Bescheid	18
Die Kirchenleitung beugt sich dem Unrecht	18
Wenig Solidarität	19
Der Protest des Kirchenvorstandes	19
Die „lex Goetze“	19
Erneuter Protest des Kirchenvorstandes	20
Schützenhilfe aus Berlin und die Amtshandlung Goetzes	20
Erneuter Protest des Kirchenvorstandes	20
Die verstockte Kirchenbehörde	21
Der Schachzug mit dem Landgericht	21
Pauligemeinde im Kriege	22
„Kämpfendes Volk und glaubende Gemeinde“ von Henneberger	22
Volkskirche im Kriege	23
Das Kriegsende 1943 - 1945	24
Die Frage nach dem Sinn des Krieges	24
Die Nachkriegszeit 1945 - 1949	25
Die Volkskirche geht ab 1945 unverändert weiter	26
Der kirchliche Wiederaufbau ohne Konzept	27

Der volkshirchliche Aufschwung und Fragen in den 50iger Jahren	28
Die Volkshirche geht immer noch weiter.	28
Neues Gesangbuch - neuer Gottesdienstraum – neue Gottesdienstordnung	28
Besondere Gottesdienste	29
Anfragen durch Pastor Wilhelm Wedekind	30
Fragen zur Taufe	30
Das Brüderngesetz	31
Fragen zur Konfirmation	31
Der Linksverdacht	32
Fragen zur Wiederaufrüstung	33
Abschluß eines Geschichtsabschnittes	33

Die Pauligemeinde am Ende der Republik

1930 wurde in der Geschichte des Landes Braunschweig das Ende der Republik durch den spürbaren Wechsel von einer SPD Landesregierung zu einer bürgerlich-nationalsozialistischen Koalitionsregierung eingeleitet. Auch in der Landeskirche wurde der Wechsel bald spürbar: in den Schulen wurden wieder Schulgebete eingeführt, am Reformationstag 1930 war schulfrei und die bisher unerquicklichen Finanzverhandlungen mit der Landesregierung erfolgreich abgeschlossen. Einen erheblichen personellen Wechsel brachte auch die Wahl zum Landeskirchentag im Herbst 1929. Nach einer unerwartet hohen Wahlbeteiligung wurde die Hälfte der Abgeordneten ausgewechselt. Vorher hatten in den Kirchengemeinden im März 1929 die Kirchengemeinderatswahlen stattgefunden.

Die Leitungsebene – Kirchenvorstand und Pfarrer

Ein Wahlgang zur Kirchengemeinderatswahl im Frühjahr 1929 war in der Pauligemeinde wie in den meisten anderen Kirchengemeinden entfallen, weil nur so viele Kirchengemeinderatsmitglieder wie notwendig aufgestellt worden waren. Dem Kirchenvorstand gehörten 1929 an: Frau Käte Bodenstab, Lehrerin Anna Löhnefinke, Fr. Marie Lösekrug, Oberregierungsrat Dr. Karl Bode, Lehrer Ernst Ehrenberg, Oberpostsekretär i.R. Otto Gifhorn, Kaufmann Emil Grosse, Kaufmann Ludwig Hauswaldt, Generalstaatsanwalt Wilhelm Holland, Stadtbaurat Karl Kellner, Rechnungsdirektor i.R. Karl Koennecke, Werkmeister H. Meyer, Werkmeister Karl Preer, Lokomotivheizer Hermann Reinhardt, Juwelier Ernst Ring. Schuldirektor Hermann Schellbach, Prokurist Julius Stieler, Arbeiter Hermann Streiff. - Ersatzpersonen: Fr. Emilie Barga, Kaufmann W. Baltzer, Bankdirektor Emil Hintze, Studienrat Dr. Franz Klingenspor, Steueramtman Otto Fickler, Rentner Theodor Pyllmann, Klempner Ferdinand Rieche, Malermeister Hermann Zimmermann, Oberpostschaffner Eduard Westphal. Beruflich stellte der Kirchenvorstand eine gute Mischung von Staatsbeamten, Handwerkern und Arbeitern dar. Erstaunlich war die Anzahl von vier Frauen, was auf eine rege Frauenvereinsarbeit in den drei Seelsorgebezirken hinweist. Die prägende Gestalt unter den Kirchenvorstandsmitgliedern war Generalstaatsanwalt W. Holland, der seit 1916 Provisor der Kirchenkassen war. Dieses Amt des Provisors hatte 1925 Emil Grosse übernommen und 25 Jahre lang bis in die Nachkriegszeit ausgeübt. Oberregierungsrat Bode war Chefstenograf des Braunschweiger Landtages und gehörte der kirchlichen Rechten an, die 1929 unter dem Namen „Christlich-sozialer Volksdienst“ zu den Wahlen des Landeskirchentages angetreten war.

Die Pauligemeinde war traditionell auch im Landeskirchentag stark vertreten. In die zweite Sitzungsperiode des Landeskirchentages waren 1929 nach einem heftigen Wahlkampf zwischen den drei kirchlichen Parteien wieder drei Mitglieder der Paulikirchengemeinde gewählt worden: Generalstaatsanwalt Wilhelm Holland, Archivdirektor Prof. Mack und Pastor Lagerhausen, alle drei für die Mittelpartei. Pastor Goetze, von der Fraktion der kirchlichen Rechten, war nicht erneut gewählt worden. Holland wurde wieder Präsident des Landeskirchentages und Mitglied der Kirchenregierung. Holland war auch Vorsitzender des Braunschweiger Stadtkirchentages. Pastor Lagerhausen gehörte schon dem provisorischen Landeskirchentag 1920 an und war 1922 -1929 Vorsitzender der Landespredigervereins gewesen.

Pastor Lagerhausen würdigte in einem „Nachwort zu den Landeskirchentagswahlen“ in dem Blatt der Mitte „Die Volkskirche“ die hohe Wahlbeteiligung und bemängelte die geringe Anzahl von Wahlräumen in größeren Gemeinden. Die Wahl 1929 hatte die starke Stellung, die die Pauligemeinde weit über die Grenzen ihrer Kirchengemeinde hatte, bestätigt.

Im Herbst 1929 wählte der Kirchenvorstand aus 27 Bewerbungen einstimmig den 35 jährigen Pfarrer Rudolf Schwarze zum dritten Pfarrer von Pauli und als Nachfolger des tödlich verunglückten Pastor Sinemus. Schwarze war Braunschweiger und in der Paulikirche von Pastor Warnecke konfirmiert worden, hatte den 1. Weltkrieg mit einer Kriegsverletzung überstanden und in Eutin vier Jahre lang seinen ersten Pfarrdienst absolviert. Am 19. Januar 1930 wurde er von Stadtkirchenrat Runte in Gegenwart des Kirchenvorstandes in sein Amt eingeführt.

Die drei Pfarrer bildeten eine vielversprechende Mischung der Generationen und Erfahrungen.

Der 68jährige Lagerhausen war als Gründungsmitglied der tonangebende Senior und gehörte dem gemäßigt lutherischen Lager an, Goetze, 50 Jahre alt, bildete den liberalen Flügel und war, am Fuß leicht körperbehindert, der Streithahn unter den Braunschweiger Pastoren, die ihn scherzhaft wegen seiner scharfen polemischen Äußerungen gelegentlich als „Giftzwerg“ titulierten. Lagerhausen und

Goetze waren Anfang der 20iger Jahre mit mehreren anderen Pfarrern zusammen auch Parteimitglieder der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) gewesen. Mit Schwarze zusammen versorgten sie, wie dieser in der Chronik vermerkt, in „vorbildlich harmonischer Zusammenarbeit“ die große 20.000 Gemeindemitglieder umfassende Kirchengemeinde. Das Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland des Jahres 1927/28 nannte für die Pauligemeinde 18.500 Seelen.

Der kirchliche Alltag

Die Gottesdienste waren nach Angaben der Pfarrer mit 200-300 an gewöhnlichen Sonntagen und über 500 an Festtagen gut besucht. Einmal im Monat war Abendmahlsgottesdienst. Goetze verwendete dazu Einzelkelche. Zu den besonderen Gottesdienste zählte der Silvesternachtgottesdienst, für den jeweils eine Gottesdienstordnung mit Liedern und Texten gedruckt wurde. Neu eingeführt wurde, daß die Paulikirche vom Mai bis September nachmittags geöffnet war, und am Donnerstag spielte zum Schluß der junge Organist Pleus eine Stunde die Orgel.

Die Konfirmanden wurden in drei Gruppen unterrichtet. Einer Nachricht zufolge trafen sich die Konfirmandenjugenden bereits um 7 Uhr in der Jungenschule in der Commeniusstraße und die Mädchen um 15 Uhr im Konfirmandensaal zum einjährigen Konfirmandenunterricht. Am Ende des Unterrichtes fanden für alle drei Bezirke an einem Tag getrennte Konfirmandenprüfungen statt. Am darauf folgenden Sonnabend trafen sich die Konfirmanden der drei Bezirke um 14 Uhr, 15 Uhr und 16 Uhr zu Betstunden ein und wurden am folgenden Tag, dem Sonntag Palmarum, um 8 Uhr, 10 Uhr und 12 Uhr konfirmiert. In der anschließenden Karwoche nahmen die Konfirmanden und ihre Eltern an drei Abenden um 20 Uhr das erste Abendmahl im Rahmen einer Passionsandacht.

Nach der Konfirmation war Gelegenheit für die konfirmierte Jugend, sich weiterhin im Jungmädchenbund oder in der Jungmannschaft wöchentlich im Konfirmandensaal zu treffen. Die Jüngeren gingen zur Jungschar. Der Rektor der Mädchenschule an der Heinrichstraße Garbe gründete einen Mädchenchor, der am Sonntag auch im Gottesdienst sang. Dafür erhielten die Mädchen einige Pfennige.

Besonders rege war die große Gruppe der Christlichen Pfadfinder, die sich in den Elternhäusern der Pfadfinder trafen und später im Keller des Vereinshauses der Inneren Mission in der Peter Joseph Krahestraße ein eigenes Vereinszimmer einrichteten.

Jahr	Taufen	Trauungen	Konfirmanden
1929	132	85	243
1930	132	91	222
1931	121	83	155
1932	112	100	186
1933	127	139	123

Die Tabelle über die Amtshandlungen gibt einen Einblick in die Größe der Gemeinde und den Umfang der Arbeit der drei Pfarrer. Das Hauptgewicht lag auf der Gottesdienstgestaltung, dem Konfirmandenunterricht sowie auf Taufen, Trauungen und Beerdigungen. Die Anzahl der Beerdigungen können nicht aufgeführt werden, da in der Propstei Braunschweig für die einzelnen Kirchengemeinden keine Beerdigungsregister geführt wurden.

Die Massenkonfirmationen waren eine typische Veranstaltung wie sie von Massentaufen aus der Zeit vor 1900 bekannt und üblich waren. Um derlei Massengottesdienste sinnvoll zu verkleinern, waren die Johanniskirche und Paulikirche zu Jahrhundertbeginn gebildet worden. Aber es hatte sich wenig geändert und es war von Pastor Lagershausen auch nicht gewünscht. In seiner Jubiläumspredigt im September 1931 bedauerte er, daß die 28.000 Gemeindemitglieder umfassende Pauligemeinde in den zwanziger Jahren um 9.000 verkleinert worden war.

Pastor Schwarze hielt regelmäßig am Mittwoch eine Bibelstunde. 1932 legte er den Kolosserbrief aus. In den Frauenhilfen der drei Bezirke trafen sich die älteren Gemeindemitglieder und ließen sich im Winterhalbjahr monatlich mit allgemeinbildenden Vorträgen, oft auch mit Lichtbildern unterhalten. „Alpenwanderung“, „der „Heidedichter Heinrich Eggersgluß“, „eine Reise ins Heilige Land“, „Goethe der Mensch“, „Hans Grimm, der deutsche Mensch und Dichter“, „ein Gang durch Alt-Braunschweig“ waren einige typische Themenabende. Im Sommerhalbjahr wurden Ausflüge in die nähere Umgebung

veranstaltet. Die Männer trafen sich monatlich zu einem Vortragsabend für alle drei Bezirke. Die Veranstaltungen der Frauenhilfe und des Männervereins fanden mangels eines Gemeindehauses im Stadtparkrestaurant oder im Konfirmandensaal statt. In der Gemeindepflege waren seit mehr als einem Jahrzehnt die Schwestern Adele Ehringhaus und Emilie Fricke tätig. Sie wohnten in der Olfermannstraße 10 und arbeiteten in der Gemeindepflege und kümmerten sich um Alte und Kranke.

So bot die Pauligemeinde ein gediegenes volkskirchliches Bild mit einem Angebot für alle Altersgruppen. Der Blick auf die bürgerlichen Mittelschichten war unverkennbar.

Höhepunkte im Quartier und Gemeindeleben

Ein Höhepunkt des Jahres 1930 waren die Evangelischen Bekenntnistage unmittelbar nach den Landtagswahlen. Sie waren eine Antwort auf eine gleichzeitig stattfindende Freigeistige Woche der Freidenkerbewegung. In Pauli fand wie in allen anderen Stadtkirchen am 28. September 1930 ein Festgottesdienst statt. Zwei Tage vorher hatte im Hofjäger Geheimrat Runkel über „Die Kirche im Kampf um Freiheit und Wahrheit“ gesprochen. Am Sonntag nachmittag trafen sich die Gemeinden im Keglerheim und Wilhelmgarten zum Vortrag „Der Christ im Ringen der Gegenwart“ und abends war der Dom bei der Kundgebung mit Bischof Bernewitz vollständig überfüllt. Es herrschte in den Gemeinden Kirchentags- und Kirchenkampfstimmung.

Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Pauligemeinde feierte die Kirchengemeinde im September 1931 ein mehrtägiges Kirchenfest mit Festgottesdiensten und Festversammlung im Hofjäger. Frauenhilfen, Männerverein und die Jugend fanden sich zusammen. Landesbischof Bernewitz gratulierte und sprach über „Kirche haben – Kirche sein.“ Lagershausen hatte im „Sonntagsgruß“, dem Wochenblatt für die Braunschweiger Kirchengemeinden, einen ausführlichen Rückblick auf die vergangenen 25 Jahre verfaßt, und dort war auch seine Festpredigt erschienen.

Einen Monat nach dem Gemeindejubiläum marschierten SA Kolonnen vom Franzschen Feld an der Paulikirche vorbei zum Schloßplatz, wo Adolf Hitler einen stundenlangen Vorbeimarsch von 100.000 SA Leuten aus dem ganzen Reich abnahm. Im sozialdemokratisch/liberal regierten Preußen waren derartige SA Aufmärsche verboten. Die Bewohner des großbürgerlichen Quartiers zeigten Sympathie und Reserve gegenüber der jungen Bewegung.

Noch im selben Monat am 31. Oktober 1931, begannen in der Stadt Braunschweig wie schon 1930 die Bekenntnistage. Am Sonntag, dem 1. November, fand in Pauli, wie in allen anderen Stadtkirchen, ein Festgottesdienst mit anschließendem Abendmahl statt. Danach war Turmblasen von den Türmen der Paulikirche, auch von Johannis, Andreas und Jakobi. Im Städtischen Konzerthaus in der Salzdahlumerstraße hielt der Evangelische Bund eine Bekenntnisfeier unter dem Thema „Dem Evangelium treu – Der Kampf um die deutsche Seele“. Das Jahr 1930 schien eine Wende anzudeuten. In Pauli traten acht frühere Dissidenten wieder in die Kirche ein. 1931 waren es dreißig und 1932 vierunddreißig Personen. Es war auch schon vorgekommen, daß bei den Taufeltern ein Teil oder gar beide Dissidenten waren, aber doch die Taufe ihres Kindes beehrten. Deutete sich ein Trend an?

Die deutsch-christliche Phase 1933-1935

Die anfängliche Begeisterung über den Machtwechsel in Berlin

In Folge des Machtwechsels im Januar 1933, des Reichstagsbrands im Februar 1933 und des Erlasses von AusnahmeGesetzen zum Schutz des Staates vor „kommunistischen Terroristen“ erlebte die Stadt Braunschweig in der ersten Jahreshälfte 1933 einen raschen, sich wiederholenden Wechsel von rauschender Begeisterung und blutigem Terror auf offener Straße. Unter der Parole „Gleichschaltung“ wurden Parteien, Gewerkschaften, Vereine ausgeschaltet und zur Unterordnung unter den autoritären Staat gezwungen. Die Erinnerung an linke Traditionen sollte ausgelöscht werden. Nun hieß im Pauligemeindebezirk die Karl Marxstraße Voigts-Rhetsstraße, die Bebelstraße Husarenstraße, die Lassallestraße Marienstraße, die Liebknechtstraße Rosenstraße, die Friedrich Engelsstraße Herzogin Elisabethstraße.

Die Braunschweiger Stadtkirchen ließen sich tief in die Begeisterung hineinziehen. Mit zahlreichen anderen braunschweiger Pfarrern trat auch Pastor Schwarze im Mai 1933 in die NSDAP ein, nicht gezwungen, wie er nach dem Kriege dazu anmerkte. Er beteiligte sich nach eigenen Angaben bis zum Jahre 1937 anfangs auch aktiv an der Partearbeit der NSDAP Ortsgruppe. „In der Ortsgruppe Stadtpark der NSDAP übte ich vom 1.10.1933 – 20.5.1937 das Amt eines Politischen Leiters –

Blockleiters – aus.“ Schwarze wird für diese Parteiarbeit nicht viel Zeit gehabt haben, aber „die Bewegung“ übte besonders zu Beginn eine starke Anziehung aus.

Die Deutschen Christen

Schwarze trat auch der Gruppe der Deutschen Christen bei, die 1933 vom Katharinenpfarrer Johannes Schlott nach dem Vorbild aus der Reichshauptstadt Berlin gegründet worden war. Die Deutschen Christen erstrebten eine Erneuerung der evangelischen Kirche durch engste Anlehnung an die NSDAP und die nationalsozialistische Staatsführung und eine undiskutierbare Identifizierung mit deren Programmatik und Politik

Diese Politisierung der Pfarrerschaft wirkte sich auch auf das Pauli-Gemeindeleben aus. Als im Sommer 1933 erstmalig ein Reichsbischof für die Deutsche Ev. Kirche gewählt werden sollte, wurde zunächst der volkstümliche Leiter der Betheler Anstalten, Pastor Friedrich v. Bodelschwingh, für diesen Posten vorgeschlagen. Die Deutschen Christen dagegen wollten den Militärfarrer Ludwig Müller durchsetzen und starteten eine Kampagne gegen Bodelschwingh. Lagershausen und Goetze luden zu einem Bodelschwingh-Abend in den Magnigemeindesaal ein, Schwarze war gezwungen, für Müller einzutreten, weil ein anderes Votum seinen Ausschluß aus den Deutschen Christen bedeutet hätte.

Bodelschwingh gab bald dem Druck der Deutschen Christen nach und zog sich nach Bethel zurück.

Die Deutschen Christen erobern den Pauli-Kirchenvorstand

Sehr viel deutlicher wurde die Spaltung bei den Kirchenwahlen zum Landeskirchentag und zum Kirchengemeinderat am 23. Juli 1933. Sie sind ein Stimmungsbarometer, wie es damals kirchenpolitisch in der Pauligemeinde aussah. Es kandidierten in der Landeskirche zwei kirchliche Gruppen gegeneinander: die Deutschen Christen und die Gruppe „Evangelium und Kirche“, in der sich überwiegend die konservativen Lutheraner zusammenfanden und eine Politisierung der Kirche ablehnten, aber keinesfalls die Regierung Hitler. Für die Wahlen zum Kirchengemeinderat wurden nach dem Braunschweiger Wahlgesetz in der Regel Einheitslisten erstrebt und nur so viel Kandidaten aufgestellt, wie auch gewählt werden sollten. Dann konnte der Wahlvorgang entfallen. Vor dem Wahltermin trafen sich Pfarrer Lagershausen, Pfarrer Goetze und Pfarrer Schwarze, um eine solche Einheitsliste aufzustellen. Nach einem zweistündigen Gespräch konnte jedoch keine Einigung erzielt werden, weil Schwarze auf einer 80 prozentigen Zusammensetzung des neuen Kirchenvorstandes zugunsten der Deutschen Christen bestand. Auch in der Sitzung des Kirchenvorstandes am 18. Juli 1933 scheiterte an derselben Forderung ein erneuter Versuch, doch noch eine Einheitsliste zustande zu bekommen. Das war deshalb auffällig, weil es in der Paulikirchengemeinde keine eigene Ortsgruppe der Deutschen Christen gab wie in anderen Kirchengemeinden. Ganz offensichtlich war die Einmischung der regionalen NSDAP Ortsgruppenführungen bereits außerordentlich dominierend. Die Kirchengemeinderäte sollten mit der Wahl erobert und gleichgeschaltet werden. An die Mitglieder des Kirchenvorstandes schrieben daher die Pfarrer Lagershausen und Goetze, außerdem die Kirchenvorstandsmitglieder Generalstaatsanwalt i.R. Holland und Dr. Bode: „Wir lehnen im voraus die Verantwortung für alle Folgen ab, die sich aus der Politisierung des kirchlichen Gemeindelebens ergeben könnten.“ Sie verzichteten aber auch, eine eigene Liste aufzustellen, „um nicht die in unserem Kreise entstandene Meinungsverschiedenheit sich in der Gemeinde unheilvoll auswirken zu lassen.“ Das sollte sich bald als eine vergebliche Hoffnung herausstellen. So gab es für die Wahl zum Kirchengemeinderat nur eine Liste mit den deutsch-christlichen Kandidaten und eine Wahl entfiel. Pastor Schwarze hatte als Mitglied der Deutschen Christen einen Wahlvorschlag mit den Namen der neuen Kandidaten vorgelegt, offenbar ohne genauer über die Namen nachzudenken. Er gab später an, die Liste von den beiden Leitern der örtlichen NSDAP Ortsgruppen erhalten zu haben.

In der Paulikirchengemeinde war der Wechsel drastisch. Es wurden vom vorhergehenden Kirchenvorstand nur Emil Grosse, Ferdinand Rieche und Hermann Streif erneut aufgestellt.

Dem neuen Paulikirchengemeinderat gehörten folgende 18 Mitglieder und fünf

Ersatzkirchenverordnete an: Berufsberater Hans Adler, Karl oder August Arend, Bankkassierer Hans Ball, Heinrich Brackhahn, Kaufmann Eduard Engelhardt, Reichsbahnlokomotivführer Karl Frühling, kaufm. Angestellter Kurt Geffers, Kaufmann Emil Grosse, Bücherrevisor Ludwig Hauswaldt, Ernst Helbig, Rudolf Hossfeld, Bruno oder Paul Kern, Ministerialrat Rudolf Kiehne, Prof. Willi Kükelhahn, Kaufmann Reinhold Piepenbrinck, Klempner Ferdinand Rieche, Studienrat Walter Rohwedder,

Obersteuerinspektor Robert Röttger, städtischer Gelderheber Hermann Streif, Kriminalassistent Gustav Urban, Wolter, Versorgungsanwärter Wilhelm Wulf.

Aber die Gemeindeglieder mußten doch an die Wahlurne, um ihre Stimme für den zu wählenden Landeskirchentag abzugeben. 5.213 Stimmen erhielten die Deutschen Christen, 1.058 die Liste „Evangelium und Kirche“, also ein haushoher Sieg für die neue junge Bewegung, wie sie sich verstanden. Im Vergleich mit den anderen Stadtgemeinden fiel Pauli keineswegs aus dem Rahmen. Das Ergebnis muß unter der unverschämten Einmischung Hitlers gewürdigt werden, der in einer mitternächtlichen Rundfunkrede vor dem Wahltag derart unverblümt Partei für die Deutschen Christen ergriffen hatte, daß Dompropst Karl v. Schwartz die Liste I „Evangelium und Kirche“ am Morgen des Wahltages zurückzog, jedoch so spät, daß in den meisten Kirchengemeinden doch gewählt wurde. Es gab in der Landeskirche trotzdem immerhin 18 Kirchengemeinden vor allem auf dem Lande, in denen auch die Liste I eine Mehrheit erhalten hatte. Und es bleibt ein Unikum, daß nach Abschaffung aller Parteien doch so etwas wie eine demokratische Wahl im Juli 1933 in der evangelischen Kirche stattfand.

In der Stadt Braunschweig war die Stimmung trotz Einmischung der ns. Partei ganz deutlich für die Deutschen Christen. Man wollte einen Wechsel in der Landeskirche und offenbar auch in den Kirchengemeinden.

Das neue Gemeindehaus wird eingeweiht

Nachdem der neue Kirchenvorstand am 6. August von Pastor Lagershausen in sein Amt eingeführt worden war, trafen sich der alte und neue Kirchenvorstand am 20. August 1933 gemeinsam zur Einweihung eines neuen Gemeindehauses. Damit war ein jahrzehntelanger Wunsch in Erfüllung gegangen. Der längst fällige Bau eines Gemeindehauses, der im Zusammenhang mit dem Kirchbau versäumt worden war, war immer wieder hinausgeschoben worden. Im Frühjahr 1933 hatte die Kirchengemeinde das geräumige Vereinshaus des Druidenordens Kasernenstraße 7 Ecke Fasanenstraße mit Saal und mehreren Wohnungen, sämtlichem Mobiliar und Geschirr käuflich erwerben können. Pastor Lagershausen hielt die Festansprache, der Gemeindejugendchor sang, Stadtkirchenrat Runte überbrachte die Glückwünsche des Stadtkirchenausschusses, Kirchenvorstandsmitglied Adler, der die inzwischen gegründete deutsch-christliche Ortsgruppe der Kirchengemeinde leitete, dankte und wünschte, „daß das Gemeindehaus eine Stätte echt christlichen Glaubens und echt deutschen Volkstums sein und bleiben möge.“ (Sonntagsgruß 1933/ S. 278). Eine der Wohnungen belegte der Küster Ahrens, im Saal fanden Frauenhilfsversammlungen und Männerabende, Kirchenvorstandssitzungen und Jugendkreise statt. Der Saal wurde auch anderweitig, z.B. für Proben der Niederdeutschen Volksbühne vermietet. Bei einem Luftangriff 1944 wurde das Gemeindehaus vollständig zerstört.

Lagershausens Kritik an der neuen Entwicklung

Die Genugtuung, die Pastor Lagershausen bei der Einweihung des von ihm immer wieder angemahnten Gemeindehausbaues empfand, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die neue Besetzung für ihn eine schwere Kränkung bedeuten mußte, da die meisten seiner bewährten Mitarbeiter im Kirchenvorstand an die Luft gesetzt worden waren. Als Lagershausen am 29. Oktober 1933 seine Abschiedspredigt hielt, bekannte er zwar offen seine Sympathie für die neue nationale Erhebung im Gegensatz zur Zeit der Weimarer Republik, aber unüberhörbar warnte er vor der Gefahr, daß „die Kirche allmählich als eine Unterabteilung des Staates betrachtet“ würde, „die von ihm oder von der gerade herrschenden Partei aus politische Direktiven für ihr Predigen und Handeln zu empfangen habe.“ Das konnten die Beteiligten als einen unüberhörbaren Hinweis auf das Zustandekommen der Liste der Deutschen Christen und der Zusammensetzung des neuen Kirchenvorstandes verstehen. Und die Bemerkung von der „gerade“ herrschenden Partei war eine Ohrfeige für das strotzende Selbstbewußtsein der NSDAP im Oktober 1933. Lagershausen fügte eine weitere, ebenfalls klare Warnung an. Er hielt die aufkommende neue germanische Religion „von Männern wie Rosenberg, Wirth, Reventlow, Bergmann, Frau Ludendorff“ für eine weitere Gefahr. „Laßt euch nicht verführen durch die Schlagworte „deutsch, deutsche Religion, deutsche Kirche!“ . Eine scharfe Scheidung zwischen germanischem Heldentum und deutschen Christentum wäre unvermeidlich. Die Abwehr, ja der Kampf gegen diese Gefahr wäre die besondere Aufgabe der „deutschen Christen“. Der später gedruckte Predigttext ließ offen, ob Lagershausen damit die

„Glaubensbewegung Deutsche Christen“ meinte oder alle deutschen Christen, also alle Gemeindeglieder der zugehörigen Pauligemeinde. Die unter der Kanzel sitzenden neuen Kirchenvorstandsmitglieder mußten diese Predigt passage als Affront gegen ihre Parteiideologie verstehen, denn wenn auch Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts“ kein parteiamtliches Buch war, so gehörte es doch zu ersten Garnitur der nationalsozialistischen Literatur. (Sonntagsgruß 5.11.33 S. 353 ff, auch Sonntagsgruß 29.10.1933 S. 350 St. Pauli)

Lagershausen machte seinem Unmut über die kirchenpolitische Entwicklung auch noch einen Monat später Luft. Er nahm wie die gesamte Braunschweiger Pfarrerschaft an einer vom deutsch-christlichen Bischof Beye einberufenen Pfarrerversammlung am 30. November 1933 in Dannes Hotel teil. Dort kam es nach einem Vortrag des Bischofs zu einem Eklat, weil dem Pfarrer Lachmund brüsk das Wort entzogen worden war und daraufhin 43 Pfarrer den Saal verließen und im Flottenvereinsraum des Börsenhofs weiter berieten, was zu tun wäre. Unter den 43 waren auch Pfarrer Lagershausen und Pfarrer Goetze. Das war ein deutlicher Affront gegen die deutsch-christliche Kirchenleitung. Die meisten der 43 fanden sich zum Pfarrernotbund zusammen, darunter auch Goetze, der von Anfang an als Mitglied des Pfarrernotbundes geführt wurde. Damit war der Riß zwischen den drei Paulipfarrern offenbar geworden: P. Schwarze gehörte den Deutschen Christen an, P. Goetze dem Pfarrernotbund und P. Lagershausen war die Gruppenbildung in der Landeskirche zuwider. Entscheidend würde nun sein, wen der Paulikirchenvorstand als Nachfolger von P. Lagershausen wählen würde.

Otto Henneberger wird nach Braunschweig geholt

Der Braunschweiger Kirchenrat Runte war im August 1933 abgelöst worden. Sein Nachfolger, der vom Landesbischof Beye eingesetzte, aus Thüringen stammende Pfarrer an Ulrici Alfred Wagner, kannte den dort weithin bekannten Pfarrer Otto Henneberger aus Jena. Beide empfahlen dem Kirchenvorstand, Henneberger nach Braunschweig zu holen. Von ihm konnten sie sich Unterstützung für die deutsch-christliche Sache erhoffen.

Henneberger, Jahrgang 1892, war 42 Jahre alt, als er am 3.12.1933 vom Kirchenvorstand als Pfarrer gewählt wurde und am 1. Februar 1934 sein Pfarramt antrat. Er war Pfarrer in einigen thüringer Dorfgemeinden gewesen und zum Schluß in einem übergemeindlichen apologetischen Pfarramt in Jena. Henneberger hatte sich für diesen Posten durch eine Schrift „Kirche und Freidenkertum“ empfohlen, die 1931 von der Apologetischen Zentrale in Berlin Spandau verlegt worden war. Henneberger billigte zwar der Freidenkerbewegung einen „Wahrheitskern“ zu, der jedoch unter der offenen Leugnung Gottes tief verborgen wäre.. „Das Freidenkertum lebt von dem Nein wider Kirche und Gott. Sein erster Kampf lautet: Zertrümmert die Kirche! Sein letztes Kampfziel heißt: Selbstherrliche gottlose Welt!“ So hatte auch Alfred Goetze seinen Kampf gegen die linken Schulreformen im Braunschweigischen geführt und konnte in Henneberger einen Kampfgefährten sehen. Schon im Oktober 1934 wurde Henneberger vom Kirchenkommissar Dr. Johnsen, dem künftigen Landesbischof zum Gauobmann der Deutschen Christen berufen. Darin stand er dem Kollegen Schwarze näher.

Nach dem Krieg gab Henneberger im Entnazifizierungsverfahren an, er hätte die Thüringer Landeskirche in Ablehnung der Thüringer Deutschen Christen, einer besonders radikalen Form der Deutschen Christen, verlassen. Das erweckte indes den irrigen Eindruck, als ob er sich auch von den gemäßigten Deutschen Christen getrennt hatte.

Zum Einführungsgottesdienst am 17. Februar 1934 durch Kreispfarrer Wagner waren die meisten Kirchenvorsteher im Braunschweig erschienen. Henneberger predigte über das Wort aus dem Timotheusbrief „Das ist je gewißlich wahr und ein teuer wertiges Wort, daß Christus Jesus in die Welt gekommen ist, die Sünder selig zu machen.“ Der „Sonntagsgruß“, das evangelische Wochenblatt für Stadt und Land Braunschweig, widmete dem Ereignis am 25.2.34 einen langen Bericht. Die Predigt vermied deutsch-christliche Phrasen und rechtfertigte die Konzentration des Pfarramtes auf das Predigtamt. „Die weihevollen und packende Predigt hinterließ einen tiefen Eindruck“, stellte der Berichtersteller fest.

Der kirchliche Aufschwung 1933/34 in Zahlen

Die Gemeindeglieder hatten den Wechsel von Enthusiasmus und Terror, der sich in den vergangenen Monaten auf offener Straße abgespielt hatte, miterlebt, aber sie spürten vor allem einen kirchlichen Aufschwung, der sich auch in der Tabelle der Amtshandlungen der Paulikirche von damals widerspiegelt.

Jahr	Taufen	Trauungen	Konfirmanden
1931	121	83	185
1932	112	100	186
1933	127	139	149
1934	233	181	305
1935	257	159	332

Die Zahlen, die den Eintragungen in den Kirchenbüchern entnommen sind, zeigen im Vergleich zu den beiden Vorjahren den ungewöhnlichen Anstieg aller Amtshandlungen seit 1933. Der Anstieg der Taufziffer ist keineswegs nur mit geburtenstarken Jahrgängen zu erklären, (leider fehlen die Vergleichszahlen zu den Geburten in diesem Quartier), sondern Taufhandlungen waren begehrt und wurden auch „nachgeholt“. Von den 127 Taufen des Jahres 1933 gehörten 47 Täuflinge den Geburtsjahrgängen 1886-1929 an. Drei Täuflinge waren über 20 Jahre, sechzehn zwischen 10 und 20 Jahre und dreiundzwanzig zwischen 5 und 9 Jahren alt. So erklärt sich, daß in der Landeskirche die Zahl der Taufen 1933 die Zahl der Geburten überstieg. Das konnte als ein eindrucksvolles Argument für die „Wiederkehr des Religiösen“ verstanden werden. Von den 233 Taufen im Jahre 1934 waren noch 37 Täuflinge zwischen drei und zwanzig Jahre alt und 1935 35 Täuflinge zwischen drei und fünfzehn Jahre alt.

Die Anzahl der Trauungen erreichte in der deutsch-christlichen Phase 1933/35 eine besondere Höhe. Kirchliche Trauungen galten als parteikonform, am liebsten in brauner Uniform. Die Trauungen häuften sich öfters an einem Tag. Ob es dabei auch zu gemeinsamen Trauungen gekommen ist, ist nicht festzustellen. Wie schon bei den Taufen wurden auch Trauungen aus den früheren Jahren nachgeholt.

Ein starker Eintrittsboom

Am stärksten aber spiegelte sich der kirchliche Aufschwung in den Eintrittszahlen. Die Landeskirche erlebte einen einmaligen Ansturm von Wiedereintritten von 5.334 (1933), 1.974 (1934) und 992 (1935), die die Austrittszahlen weit übertrafen 478 (1933), 245 (1934), 705 (1935). Leider läßt sich diese Bewegung infolge des Aktenchaos auf allen Verwaltungsebenen nicht für die einzelnen Propsteien und Kirchengemeinden verfolgen. Einige Eintrittszahlen waren in den Kirchenbüchern im Konfirmationsregister vermerkt. 1933 traten in der Pauligemeinde bis zum 24. März 26 Dissidenten, dazu befindet sich im Konfirmandenregister unter 1933 die Notiz: „325 Dissidenten sind zurückgetreten“. 1935 kehrten 55 Personen wieder in die evangelische Kirche zurück. Unter den Braunschweiger Pfarrern gab es sehr unterschiedliche Aufnahmeformen: mal nach einer Besinnungszeit oder gleich bei der Anmeldung, nach einem Gottesdienst vor dem Altar oder im Amtszimmer im Pfarrhaus, mit und ohne Kirchenvorstandsmitglieder, mit Abendmahlsbeteiligung oder nur mit Handschlag. Pastor Goetze teilte am 30.3.1934 dem Landeskirchenamt bündig mit: „Die Aufnahme von Ausgetretenen in die Kirche erfolgt in allen drei Bezirken nur in der Weise, daß ein Protokoll in der Wohnung des zuständigen Pfarrers aufgenommen wird.“ Das war die schlichteste Form, wie sie auch vom Nachbarpfarrer an Johannes Otto Jürgens gewählt wurde. Pastor Schwarze berichtete noch etwas ausführlicher, daß es zu einer „sehr erfreulichen Aussprache“ mit dem Wiedereintretenden käme und er würde „ermahnt, sich in Zukunft am Besuch der Gottesdienste und Gemeindeveranstaltungen fleißig zu beteiligen“. (LKA 322) Das konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich die drei Paulipfarrer mit dem Kircheneintritt doch sehr einfach gemacht und ihn zu einem bloßen Verwaltungsakt herabgewürdigt hatten. Die Eintritte hörten daher in Pauli auch nicht auf. Möglicherweise hatte es sich in Braunschweig herumgesprochen, daß an Pauli der Eintritt am flottesten zu haben war.

Deutsche Christen gegen Deutsche Glaubensbewegung

Henneberger wurde bereits einen Monat nach seinem Einführungsgottesdienst in der Paulikirche stadtbekannt. Die Deutsche Glaubensbewegung hatte am 8. März 1934 mit ihrer Führergestalt Reventlow in Braunschweig eine große Veranstaltung unter dem Thema „Der deutsche Weg zu Gott“ abgehalten. Die Deutsche Glaubensbewegung unter der Führung von Hauer und Reventlow hatte sich seit 1933 heftige Unterstützung für die von ihr propagierten deutsch-germanischen Religion durch Teile der führenden Nationalsozialisten erhofft, worauf Hitler nicht einging, aber die unteren Parteiränge in ihrer kirchenfeindlichen Agitation gewährend ließ. Anfang 1934 hatte die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung offen zum Kirchenaustritt aufgerufen. Die Braunschweiger Großveranstaltung wurde eine Woche später von den Deutschen Christen mit einer Gegenveranstaltung beantwortet wurde. Henneberger, gerade frisch in Braunschweig, war ihr Hauptredner. Unter dem polemischen Titel „Stimme des Blutes oder Wort Gottes?“ hatte Henneberger bereits um die Jahreswende 1933/34 in einem handlichen Heft für die Gemeinden die Argumente gegen das Deutschchristentum (Niedlich, Dinther, Wirth) und die zersplitterten religiösen völkischen Gruppen (Tannebergbund, Ludendorff u.a.) aufgelistet und gefolgert, das Volk dürfe nicht zum Herrn der Kirche und die Stimme des Blutes nicht zu ihrem Inhalt gemacht werden. Das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und der Kirche würde nicht theoretisch sondern durch lebendige Beziehung geklärt, nämlich – und nun erfrischend offen – „dadurch, daß die Kirche einerseits Hitler und seiner Bewegung ihrem Auftrag gemäß das Evangelium lauter und rein verkündigt und andererseits Hitler und seine Bewegung sich diese Verkündigung gefallen läßt. Auch ihm ist die Kirche das Evangelium schuldig.“ Gefahr wäre im Verzuge, wenn sich der Nationalsozialismus als verkappte Religion darstellte. „Mit religiöser Verehrung wird dann der Führer als göttlicher Held gepriesen und mit schwärmerischer Glut das Dritte Reich als Reich des Heils, als Reich Gottes erwartet. Möge die Gefahr solchen Schwärmertums, das ja nur die eigentliche Gottesferne verhüllt, gebannt werden.“

Auf der Gegenkundgebung am 14. März 1934 sparte Henneberger nicht mit polemischen Attacken. Die Deutsche Glaubensbewegung wäre ein „Bekenntnis zum Heidentum“, Ludendorf ein von der Synagoge ausgeschickter Erzpriester und die Kirche des Herrn Reventlow eine germanische Abart der Synagoge. Damit hatte Henneberger aber auch bei den regionalen Nationalsozialisten ins Fettnäpfchen getreten. Der nationalsozialistische Kreisnachrichtenleiter meldete in seinem internen Tätigkeitsbericht für den Monat April, es wären in der letzten Zeit in kirchlichen Kreisen Schriften erschienen, die Alfred Rosenberg angriffen, z.B. eine Schrift des Pfarrer Henneberger. Am 7. April erhielt Ministerpräsident Klagges einen Bericht über die deutsch-christliche Versammlung, in dem es abschließend hieß: „Störung der Volksgemeinschaft... geeignet, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören... Gefahr, daß Zweifel bei denjenigen Volksgenossen geweckt werden, die noch nicht fest in unserer Bewegung stehen.“

Henneberger schrieb noch im selben Monat ein Heft „Die religiöse Gestalt der deutschen Nation“ und datierte es auf 20. April 1934, „dem 45. Geburtstag des Führers“ wie er am Ende der Arbeit bedeutungsvoll vermerkte. Henneberger, der gerne in großen Zusammenhängen dachte, sah „die Idee der deutschen Revolution“ vom Januar 1933 im scharfen Gegensatz zur französischen Revolution: dort die Verkündigung der Menschenrechte und des Individuums, hier der totale Staat, „der alles Besondere aufruft zu gehorsamer, dem Ganzen mit seinen Gaben und Kräften dienender Einordnung“. (S. 11). Der Nationalsozialismus bedeute nach einer Periode der Verweltlichung und Gottlosigkeit in Deutschland eine Rückkehr des Religiösen zum deutschen Menschen. Diese Sehnsucht würde durch Hitler erfüllt. „Der neue Staat will Religion. Der Führer hat es unmißverständlich ausgesprochen, daß das Reich auf religiösen Fundamenten ruht, die der Wesensart der Nation entsprechen, und daß es im besonderen auf der Grundlage eines positiven Christentums sich erbaut. Es ist von höchster Gefährlichkeit für den Bestand des Reiches, an dieser grundlegenden Bestimmung des Führers zu rütteln.“ (S. 7) Henneberger nahm Bezug auf die Regierungserklärung Hitlers vom März 1933, in der Hitler tatsächlich die beiden christlichen Kirchen als Säulen seiner künftigen Politik bezeichnet hatte. Der vieldeutige Begriff eines positiven Christentums stammte aus dem nationalsozialistischen Parteiprogramm und wurde von den Gutwilligen so gedeutet, daß die NSDAP sich im Unterschied zu KPD und SPD als eine christliche Partei verstand. Henneberger interpretierte den Parteiparagraphen vom positiven Christentum als lutherisches Christentum. Der nationalsozialistische Staat mit dem Parteiprogramm des positiven Christentums war demnach für die evangelische Kirche der ideale Partner, um im Volk Gehör zu finden für das Wort Gottes und die Volkskirche zu erhalten.

Das Amt der Volkskirche dagegen wäre es, Dom der Nation zu sein. In diesem Dom der Nation waren Luther und Hitler, lutherisches Bekenntnis und nationalsozialistische Politik zwar beide für sich und doch je nach Gelegenheit mal enger, mal distanzierter aufeinander bezogen. Gegenüber dem Nationalsozialismus hätte die Kirche eine pädagogische Aufgabe, nämlich den nationalsozialistischen Staat vor der Versuchung der Unkirchlichkeit oder eines Religionsersatzes zu bewahren, wie es die Deutsche Glaubensbewegung in Anspruch nahm.

Das war das in vielen Variationen und weiteren populären Schriften für die Hand der Gemeinde vorgetragene Denkmodell Hennebergers. Die Doppelgesichtigkeit von außerordentlicher Nähe zum nationalsozialistischen System und Staat und die polemische Distanz zur Deutschen Glaubensbewegung und der damit liebäugelnden nationalsozialistischen Parteigruppierung gaben der Position Hennebergers den typischen, von Fall zu Fall je nach Gelegenheit changierenden Charakter. Das erklärt auch, daß sich Henneberger nach dem Krieg von dieser Schrift nie unmißverständlich distanziert hat.

Im Erscheinungsjahr 1934 charakterisierte diese Schrift Henneberger als gemäßigten Deutschen Christen und gab ihm im Kirchenvorstand eine gefestigte Position, obwohl er im Gegensatz zu P. Schwarze kein NSDAP Mitglied gewesen war.

Der Antisemitismus Hennebergers

Wie unmenschlich nah sich dieses Nebeneinander von lutherischem Christentum und Nationalsozialismus entwickeln konnte, veranschaulicht das Kapitel „Wider Juda“, in dem Henneberger das Alte Testament als ein „völkisches Buch“ mißverstand, und das jahrzehntelange Klischee einer Verbindung von Marx, Lenin und dem Judentum bediente. Nur von der evangelischen Kirche aus könne der „Freiheitskampf gegen den ewigen Juden siegreich geführt, der zersetzende Einfluß Judas abgedämmt werden.“ Sprachlich und gedanklich verwendete Henneberger die ordinären antisemitischen Phrasen, die die evangelischen Christen gegenüber der Judenverfolgung nicht nur widerstandslos machten, sondern geradezu eine theologische Begründung für ihre Beseitigung aus „dem deutschen Volkskörper“ lieferten.

Hinter den Parteikulissen war das Urteil über die Schrift Hennebergers widersprüchlich. Im Brief vom 9. Juni 1934 an Goebbels hielt der Braunschweiger Innenminister Jeckeln ein Verbot der Schrift für erforderlich, „da die Ausführungen die NSDAP und ihren Führer verächtlich machten.“ Im Berliner Innenministerium war man dagegen anderer Ansicht und Staatssekretär Daluge entschied, ergebenst von der Einziehung der Druckschrift abzusehen, da ihr Inhalt im wesentlichen unbedenklich wäre.

Goetzes Nähe zum Pfarrernotbund

Die Spannungen zwischen den Paulipfarrern wurden gelegentlich auch in Predigten deutlich. Aus Protest gegen die kirchenpolitische Entwicklung und die Deutschen Christen war der Präsident des Evangelischen Kirchentages Pechmann aus der evangelischen Kirche ausgetreten, was seinerzeit großes Aufsehen in der kirchlichen Öffentlichkeit erregt hatte. Goetze nahm den Kirchenaustritt in der Predigt am 22. April 1934 zum Anlaß, um vor einem Irrtum der Kirche zu warnen. Der Irrtum bestünde darin, daß die Kirche 1933 zu sehr auf den schnellen, äußeren Erfolg geblickt hätte. „Sie glaubte, unser Volk hätte mit seiner nationalen Revolution zugleich eine religiöse Revolution erlebt; das deutsche Volk sei zu einem Volk Gottes geworden, die deutsche Art verbürge an sich schon den Sieg der christlichen Wahrheit“. Das war eine deutliche Anspielung auf die deutsch-christlichen Phrasen. Wenig vorher hatte Pfarrer Grüner von der Martinikirche in seinem Gemeindebrief geschrieben: „In Hitler ist die Zeit erfüllt für das deutsche Volk. Denn durch Hitler ist Christus, Gott der Helfer und Erlöser, unter uns mächtig geworden. Hitler ist jetzt der Weg des Geistes und des Willens Gottes zur Christuskirche deutscher Nation.“ Diese schauerliche Verwechslung von Kirche und Politik, das Ineinander von Christus und Hitler, von nationaler und religiöser Erweckung nahm Goetze aufs Korn. Er warnte davor, den Nationalsozialismus als selbstverständliche, automatische Wiederkehr des Religiösen zu feiern. Das Landeskirchenamt forderte Goetze auf, den Wortlaut der Predigt einzureichen. Über den Begleitbrief Goetze schrieb Oberkirchenrat Schlott in blauer, breiter Schrift: „Folgt Pechmanns Beispiel und tretet aus der Kirche aus!!“ und legte ihn zu den Personalakten. Dadurch ist die Predigt bis heute erhalten. OKR Lambrecht schrieb Goetze sechs Wochen später, das Landeskirchenamt könne nicht umhin, „Ihnen Vorsicht auf der Kanzel zu empfehlen“.

Vorsicht war indes nicht die Sache Goetzes. Als im Frühjahr 1934 Kirchenrat Palmer und Domprediger v. Schwartz zwangsbeurlaubt wurden, Pfarrer Lachmund mit einem Dienststrafverfahren aus der Blankenburger Gemeinde entfernt und zwei dem Pfarrernotbund angehörenden Vikaren im April 1934 die Anstellung verweigert wurde, protestierte der Pfarrernotbund in einem öffentlichen Schreiben, das er an alle Pfarrer verschickte: „Wir stehen nach wie vor in vorbehaltlosem Vertrauen zu unserem Amtsbruder Pfarrer Lachmund, Blankenburg. Die Durchführung des Dienststrafverfahrens und die Verurteilung des Pfarrer Lachmund dienen in keiner Weise dem Aufbau, sondern nur der Zerstörung wahrhaft kirchlichen Lebens.“ Zu den 31 Unterzeichnern gehörte auch Goetze. Der Protest war vier Tage nach der Predigt in Pauli abgefaßt.

Der Versuch des deutsch-christlichen Kirchenvorstandes, Pfarrer Goetze abzusetzen
Wie würde sich der Konflikt, der zunächst vor allem unter den drei Paulipfarrern stattfand, auf der Kirchenvorstandsebene auswirken? Die Zusammensetzung des deutsch-christlichen Paulikirchenvorstandes währte nicht lange. Der Wahlvorschlag war von vornherein anfechtbar und die Zusammensetzung bröckelte von Anfang an, sodaß bereits nach einem Jahr zehn Mitglieder wieder ausgeschieden waren. Kern konnte die Wahl nicht annehmen, weil er katholisch war, Wolter hatte von seiner Kandidatur auf der Straße erfahren, wo ihm die Zeitungsnotiz vorgehalten wurde. Helbig nahm die Wahl nicht an, weil er parteiamtlich zu stark beansprucht war, Rohwedder legte sein Amt nach drei Wochen im August 1933 aus beruflichen Gründen nieder, Arend, Hossfeld, Kühne, Wolter, Wulf verzogen aus der Gemeinde. Die Liste war offensichtlich rasch und oberflächlich zusammengestellt. Hauswaldt legte im August 1934 sein Amt als Kirchenvorsteher und Provisor nieder, weil ihm seine Mitgliedschaft in der NSDAP aberkannt wurde. Das Mitglied Brackhahn verstarb. Der Kirchenvorstand war auf 13 Mitglieder zusammengeschrumpft, von denen dann einige überhaupt nicht zur Sitzung erschienen. Das mochte auch in der Natur der Sache liegen. Tatsächlich war der Kirchengemeinderat ein Organ aus republikanischer Zeit und wurde von seinem Vorsitzenden Goetze auch so geführt. Während alle anderen Organe und Vereine entweder aufgelöst oder gleichgeschaltet waren, wurde im Kirchengemeinderat von Pauli so gearbeitet, als ob es kein Führerprinzip gäbe. Es wurde diskutiert und abgestimmt.

Pastor Goetze schlug nun dem kommissarischen Kirchenführer und späteren Landesbischof Johnsen im August 1934 vor, im Einvernehmen mit den beiden anderen Pfarrern neue, zusätzliche Mitglieder zu ernennen. Die neu vorgeschlagenen empfahlen sich nach Aussagen von Pastor Goetze durch starke Gemeindebindungen und gehörten teilweise auch der NSDAP an, konnten also als „politisch zuverlässig“ gelten. Es waren Landgerichtsrat Karl Höse, Kaufmann Wilhelm Strübing, Werkmeister Karl Preer, Schulrat Wilhelm Staats und Studienrat Willi Hesse zum sofortigen Eintritt in den Kirchenvorstand und als Ersatzmänner: Baurat Prof. Karl Kellner, Kaufmann Feodor Peters, Generaloberveterinär a. D. Dr. Friedrich Klotz, Studienrat Dr. Franz Klingenspor und Mittelschuldirektor Hermann Schellbach.

Nachdem das Einverständnis der Kandidaten eingeholt war, ernannte Johnsen Karl Kellner, Friedrich Klotz, Franz Klingenspor, Feodor Peters, Willi Hesse als Ersatzkandidaten. Diesem Vorgehen fehlte zwar eine Rechtsgrundlage, aber sie entsprach dem Führerprinzip und half dem Notstand zügig ab. Am 21. Oktober wurden die neuen Kirchenvorsteher im Gottesdienst in ihr Amt eingeführt. Goetze hatte das Vorgehen mit dem amtierenden Kirchenvorstand nicht abgesprochen und zu einer ersten Sitzung mit dem neugebildeten Kirchenvorstand drei Tage nach dessen Einführung zum 24. Oktober eingeladen. Die Ernennung der neuen Mitglieder stieß in der Sitzung auf massiven Widerstand der deutsch-christlichen Mitglieder des Kirchenvorstandes. Die beiden Ortsgruppenleiter Geffers und Engelhardt, die sich im Kirchenvorstand als „Vertreter des Staates“ fühlten und sich auch so bezeichneten, polterten gegen die neuen Mitglieder los: „Das ist ja allerhand, schließlich müssen wir uns noch ganz rote Brüder hier vorsetzen lassen,“ schrie Engelhardt und hämmerte mit der Faust auf den Tisch. „Was haben Sie uns hier für Leute verpaßt?“, blaffte Geffers Pastor Goetze an. Er hätte die HJ Jungen im Konfirmandenunterricht nach hinten gesetzt, den Ministerialrat Kiehne zur Aufgabe des Mandats gedrängt, Schwarzarbeit an seinem Pfarrhaus geduldet, im Gottesdienst am 30. Oktober 1933 die Judenrasse verherrlicht. Es wäre ja fraglich, ob Goetze unter diesen Bedingungen überhaupt noch den Vorsitz führen könne. Das sollte mal der Bischof „unter Bezugnahme auf die Akte der geheimen Staatspolizei“ prüfen“. Goetze solle am besten sein Amt niederlegen und verschwinden, hätte dazu

aber wohl nicht den Mut. Es war eine geplante, pöbelhafte Aktion, die aber nur halbwegs ihren Zwecke erfüllte. Da Goetze von seinen Kollegen Schwarze und Henneberger allerdings nicht unterstützt wurde, gab er notgedrungen den Vorsitz ab, zeigte sich aber, abgehärtet durch die kirchenpolitischen Kämpfe um die christliche Schule in den zwanziger Jahren, widerstandsfähig und blieb im Pfarramt. Den Vorsitz übernahm nunmehr Pfarrer, Parteigenosse, Deutscher Christ und „Bruder“ Schwarze. Der Kirchenvorstand wählte nun seinerseits andere Ersatzkandidaten und bestand auf seinem Vorschlagsecht. Das widersprach zwar völlig dem nationalsozialistischen Führerprinzip und berief sich auf ein demokratisches Vorschlagsrecht, aber das Führerprinzip war für Nationalsozialisten nur insofern handhabbar, als sie es selber benutzen konnten.

Die Zurückgesetzten protestierten beim Landesbischof. „Wir sehen in dem Vorgehen des Kirchenvorstandes einen der politischen Eingriffe in das kirchliche Leben, die vom Führer wiederholt mißbilligt und von seinem Stellvertreter ausdrücklich verboten sind.“ Auch der emeritierte Pfarrer Lagershausen sowie Prof. Dr. Lippelt, Generalstaatsanwalt i.R. Holland und Archivdirektor Macke baten den Bischof, an seinem Vorschlag festzuhalten. Dieser Kirchenvorstand stünde „unter dem Terror zweier politischer Ortsgruppenleiter“, zu denen seine beiden Kollegen übergelaufen wären, stellte Goetze in einem Bericht an das Landeskirchenamt fest.

Der Graben zwischen den drei Pfarrern vertiefte sich, als Goetze im Adventsgottesdienst am 9. Dezember 1934 einen Vortragesabend der Bekennenden Kirche in der Stadt abkündigte und einen vom damaligen Reichsvorsitzenden der Bekennenden Kirche, Landesbischof Marahrens, unterzeichneten Aufruf in der Bibelstunde verteilte. Damit schwappte der besonders in den preußischen Landeskirchen tobende Kirchenkampf auch in die Paulikirchengemeinde über und der Bischof versuchte in einem gemeinsamen Gespräch, das zerbrochene Verhältnis zwischen den drei Paulipfarrern wiederherzustellen. Goetze möge dauerhaft auf den Vorsitz verzichten und die Beleidigungen sollten von den nazistischen Kirchenvorstandsmitgliedern zurückgenommen werden. Die deutsch-christlichen Kirchenvorsteher und zugleich Ortsgruppenleiter indes bestanden auf einem persönlichen Gespräch mit dem Landesbischof, das am 15. Januar 1935 in der Hagenschänke stattfand, aber ergebnislos verlief. Goetze wäre ein „reaktionärer Staatsfeind.“

Eine Woche später nahm das Landeskirchenamt überraschend alle Berufungen wegen ihrer offenen Rechtsungültigkeit zurück. Das kam groteskerweise den das Kirchenrecht verspottenden Nationalsozialisten zu gute, aber nur für einige Monate. Diese erstrebten eine Beendigung des Kirchenvorstandes als Organ der Kirchengemeinde, blockierten die Arbeit und erschienen das Jahr 1935 nicht mehr zu den Sitzungen. Da sie auch sonst am kirchlichen Leben nicht teilnahmen, war nun auch Pastor Schwarze von einer Neubildung überzeugt.

Nach dem Krieg schrieb P. Schwarze in die Kirchenchronik: „Durch den von der NSDAP aufgestellten Kirchenvorstand wurde das Gemeindeleben nicht gestört“. Das war mehr als Schönfärberei, denn der Kirchenvorstand war zwar auf einen Vorschlag der NSDAP zustande gekommen, aber der Vorschlag wurde von Schwarze selber als Deutscher Christ eingereicht. Und von der „fehlenden Störung“ konnte nun wirklich keine Rede sein.

Die Neubildung des Kirchenvorstandes

Um die durch den Kirchenvorstand verursachte „Störung“ zu beheben, ergriff wieder Pfr. Goetze die Initiative. Er schilderte dem Landesbischof ausführlich die Situation und dieser beantragte Anfang Dezember 1935 bei der Kirchenregierung die Auflösung des gesamten Kirchenvorstandes mit Hilfe des § 23 der Kirchengemeindeordnung vom 21.7.1922 im Umlaufverfahren und berief im Einvernehmen mit den drei Pfarrern einen neuen Kirchenvorstand. Dazu war inzwischen auch eine gesetzliche Grundlage geschaffen worden. Im Gottesdienst am 1. Januar 1936 wurde der neuberufenen Kirchenvorstand feierlich in sein Amt eingeführt. Ihm gehörten nunmehr an:

Der Prokurist Hans Ball, Bankbeamter Paul Danneberg, Versicherungsbeamter Paul Engeland, Kaufmann Emil Grosse, Studienrat Willi Hesse, Landgerichtsrat Karl Höse, Kriminalsekretär Friedrich Jorns, Prof. und Baurat i.R. Karl Kellner, Obergeringieur Franz Kirchberg, Studienrat Dr. Franz Klingenspor, Lehrerin Anna Löhnefinke, Ehefrau Helene Lüddeckens, Archivdirektor i.R. Prof. Heinrich Mack, Kohlenhändler Karl Meier, Werkmeister Karl Preer, Juwelier Ernst Ring, Witwe Johanne Tetzlaff, Polizeibetriebsassistent Gustav Urban.

Vom ehemaligen Kirchenvorstand des Jahres 1933 waren Ball, Grosse, Urban übriggeblieben. Vom 1933 geschafften Kirchenvorstand aus dem Jahre 1929 kehrten erneut in den Kirchenvorstand Fr. Löhnefinke, E. Grosse, K. Kellner, F. Klingenspor, K. Preer, R. Ring zurück. Karl Kellner und Emil Grosse übernahmen als Provisoren die Aufsicht über die Gemeindekassen.

Der neue Kirchenvorstand zeigte einige typische Veränderungen. Der deutschchristliche Vorstand war nur mit Männern besetzt, jetzt waren wieder wie vor 1933 drei Frauen berufen. Der prominenteste Ausgeschiedene war Ministerialrat Kiehne. Vor allem gehörten die beiden Ortsgruppenleiter Geffers und Engelhardt nicht mehr dem Kirchenvorstand an. Auch wenn bei dem neuen Kirchenvorstand auf Parteizugehörigkeit und „nationale Zuverlässigkeit“ geachtet wurde, bedeutete die Neubildung das Ende der deutsch-christlichen Phase in der Geschichte des Paulikirchenvorstandes.

Die Politische Polizei interessiert sich für Pauli

Wie sehr der beseitigte deutsch-christliche Kirchenvorstand parteipolitisch verknüpft war, veranschaulicht folgendes Nachspiel: Plötzlich interessierte sich die Politische Polizei für die Veränderungen im Paulikirchenvorstand und fragte im Landeskirchenamt nach den Gründen der Veränderung. OKR Röpke erwiderte einen Monat später knapp, der Kirchenvorstand wäre arbeitsunfähig gewesen. Holste von der Politischen Polizei hakte nach, warum der Kirchenvorstand denn arbeitsunfähig gewesen wäre. Nun antwortete Röpke rascher, der Kirchenvorstand hätte sich „der Erfüllung der pflichtgemäßen Aufgaben eines Kirchenvorstandes nicht mehr gewidmet“, und um weitere Nachfragen zu beenden, fügte Röpke hinzu, der neue Kirchenvorstand wäre „bereits ernannt und im Amt.“ Noch im selben Monat machte Holste einen dritten Versuch. Inwiefern sich der Kirchenvorstand der Erfüllung pflichtgemäßer Aufgaben nicht mehr gewidmet hätte. Röpke erwidert ungerührt, die Mehrzahl der Mitglieder hätten die Sitzungen nicht besucht. „Ein solcher Kirchenvorstand ist arbeitsunfähig. Die Kirchenregierung hat daher seiner Zeit seine Auflösung beschlossen. Röpke.“ Die bei amtlichen Schreiben übliche Schlußfloskel „Heil Hitler“ ließ Röpke weg. Der Briefwechsel zeigt, daß die Behörden 1935/36 durchaus Spielraum hatten, nicht bei jeder politischen Anfrage nachzugeben sondern die Parteibehörde dienstliche Distanz spüren zu lassen.

Die Neubildung des Paulikirchenvorstandes war kein Einzelfall, sondern entsprach der Entwicklung in der Landeskirche. Auch in der Kirchenleitung hatte 1933/34 unter Bischof Beye und OKR Schlott ein krasser deutsch-christlicher Stil vorgeherrscht. Aber die deutsch-christliche Front verlor sowohl in der Evangelischen Kirche und auch in der Landeskirche seine Vormachtstellung, Bischof Beye verlor nach einem Verfahren vor dem Braunschweiger Landgericht im März 1934 sein Amt und verließ die Landeskirche, OKR Schlott wurde abgesetzt und Pfarrer in Lehdorf, der neue Landesbischof Helmuth Johnsen und OKR Röpke traten 1935 aus der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ aus und verfolgten eine Kirchenpolitik der gruppenfreien Mitte, die eine Nazifizierung der Kirche ablehnte und ein geregelter Nebeneinander von nationalsozialistischem Staat und lutherischer Kirche erstrebte. Sie kamen damit der großen Mehrheit der Kirchengemeindemitglieder entgegen, die nicht etwa in den Widerstand zur Hitlerregierung geführt werden, sondern gesagt und verkündigt bekommen wollte, wie man als evangelischer Christ im aufstrebenden Dritten Reich leben und glauben konnte.

Die kooperative Phase der kirchlichen Mitte 1936 - 1945

1936 hatte sich die totalitäre Herrschaft Hitlers und seiner Partei stabilisiert und die sehr große Mehrheit der Deutschen für sich gewonnen und die evangelische Kirche hatte sich auf das Ziel „lutherische Volkskirche im nationalsozialistischen Staat“ auf die Dauer eingestellt. Man nennt diese Position „die kirchliche Mitte“. Es ist mir sehr fraglich, ob die nationalsozialistische Kirchenpolitik auf die Vernichtung der evangelischen Kirche zielte, wie es nach 1945 immer wieder behauptet worden ist. Dazu war sie zu widersprüchlich und uneinheitlich. Sie stieß außerdem auf verwurzelte, stabile volkchurchliche Strukturen, wie sie am Beispiel der Amtshandlungen in der Pauligemeinde anschaulich werden.

Die Volkskirche im Dritten Reich stabilisiert sich.

Jahr	Taufen	Trauungen	Konfirmanden
1935	257	159	332
1936	223	159	278
1937	241	129	244
1938	227	106	225
1939	170	80	164

Diese Position der kirchlichen Mitte, in die Henneberger und Schwarze gewechselt waren, hatte volkscirchlichen Erfolg. Taufen, Trauungen und Konfirmationen wurden weiterhin angeboten und begehrt. Der Enthusiasmus der ersten Stunde war verflogen, was die abnehmende Tendenz erklärt, Kirche und Staat waren auf Distanz gegangen, aber suchten nach dem schwärmerischen Ineinander ein geregelter Nebeneinander.

Die Konfirmation 1936

Ein Einbruch der Partei in diese volkscirchliche Struktur war bei den wechselnden Positionen der kirchlichen Mitte schwierig, was sich an der Konfirmation Hennebergers 1936 gut veranschaulichen läßt. Henneberger gestaltete den Festgottesdienst zur Konfirmation am 5. April 1936 volkmissionarisch ohne agendarische Schnörkel im Wechsel von Lied, Lesung, Glaubensbekenntnis, Predigt und Bekenntnisakt der Konfirmanden. Diesen hatte Henneberger gründlich gekürzt. Er lautete: „Nunmehr frage ich euch.. vor Gott und der Gemeinde: Glaubst du an Gott, deinen himmlischen Vater und an Jesum Christum, Deinen Erlöser und Herrn? So antwortet: Ja, ich glaube. Willst du diesen Glauben mit Gottes Hilfe christlich leben, so antworte: Ja, ich will. Bestätigt Euer Ja mit dem Gesang des Glaubensliedes Luthers: Wir glauben all an einen Gott. Nach Vermahnung und Votum folgte der Choral „Ein feste Burg“ - Gebet – Einsegnungshandlung – Choral, Fürbitte, gemeinsames Vaterunser, Segen - Choral „Verleih uns Frieden gnädiglich“ - Orgelklang. Das war eine Gottesdienstordnung ohne jede deutsch-christliche Peinlichkeit, ohne vaterländische Lieder, die ausgesuchten Choräle konnten als Gegenstück zur üblichen Marschmusik und den eingängigen HJ Liedern verstanden werden. Die Konfirmanden erlebten in der Paulikirche 1936 eine Art Gegenwelt. „Eine junge Nation in Verbundenheit mit Gott – Eine lutherische Konfirmationsfeier“ - unter diesem Titel druckte Henneberger Gottesdienstordnung und Predigt ab. Vielleicht hatten manche Teilnehmer von damals das Heft zu ihrer goldenen Konfirmation in den 80iger Jahren mitgebracht und konnten kopfschüttelnd die Predigt nachlesen, in der Henneberger eingangs den nationalsozialistischen Staat glorifizierte und sich selber berauschte: „Nun ist vor euren Augen die große Wandlung der deutschen Dinge geschehen. Unter e i n e m Willen sind wir wieder Volk geworden, in Wehr und Ehre. Unter e i n e m klaren Kommando marschiert eine geschlossene Nation. Hier gelten nicht mehr willkürliche Meinungen und Anschauungen. Hier gilt das verantwortungsvolle Wort des Führers und unsre freudige Zustimmung in Wort und Werk. Hier wird nicht mehr abgestimmt, hier wird übereingestimmt.“ Ausgiebig bediente Henneberger das übliche Klischee von einer angeblich schauerlichen Weimarer Zeit, in der die Konfirmanden geboren waren. Fast unvermittelt daneben trat aber der größte Wunsch Hennebergers an seine Konfirmanden, „daß du das Evangelium neu entdecken mögest, die Botschaft vom neuen Bund, in Jesus Christus von Gott geschlossen mit uns Menschen“. Und theologisch anspruchsvoll grenzte Henneberger das Evangelium von der Religion ab. „Das Evangelium ist etwas ganz anderes als Religion. Religion ist der letztlich unzulängliche Versuch, aus der Kraft des Menschen die Verbindung mit Gott herzustellen. Im Evangelium aber stellt Gott die Beziehung mit den Menschen her und tritt in seinem Wort mit uns in Verbindung.“ Daran knüpfte Henneberger dann auch die Warnung vor denen, „die Euch vorreden möchten, das Evangelium sei eine fremde Religion, eine orientalische Gottesvorstellung, die heute durch die deutsche Gottesschau abgelöst werden mußte.“ So enthielt die Konfirmationsordnung und Konfirmationspredigt Hennebergers 1936 die typischen drei Elemente: Bejahung des nationalsozialistischen Staates, lutherisches Bekenntnis, Ablehnung nationalsozialistischer Angriffe im Stil der Deutschen Glaubensbewegung auf die Kirche.

Diese Mischung von Zustimmung und Ablehnung des Nationalsozialismus vermenget mit dem Bekenntnis zum Glauben an Gott und Jesus Christus war für die evangelische Kirche durchaus

praktikabel weit über die Braunschweiger Gemeindegrenzen hinaus. Henneberger war ein viel gefragter Gastredner. 1938 hatte er nach eigenen Angaben 60 auswärtige Vorträge in ganz Deutschland gehalten.

Die Visitation 1937

Am 1. Advent 1937 visitierte Propst Leistikow die Kirchengemeinde. Diese Visitation war nicht ohne Hintersinn. Denn im Frühjahr 1937 hatte das Landeskirchenamt eine ziemlich eklige Denunziation aus dem Bereich der Kirchengemeinde erreicht. Das Kirchenvorstandsmitglied Hans Ball hatte am 17. April 1937 an Staatsrat Bertram geschrieben, es hätte sich in der Kirchengemeinde herumgesprochen, daß Pastor Goetze „Halbjuden“ wäre. Die Erbitterung der nationalsozialistischen Gemeindeglieder wäre selbstverständlich groß. Er würde sich von Goetze als Vorsitzendem des Kirchenvorstandes keine Vorschriften mehr machen lassen, denn es ginge wohl nicht an, „daß ich als Nationalsozialist und politischer Leiter mir von einem Halbjuden irgendwelche Vorschriften machen lasse“. Pastor Goetze sollte von seinem Posten „verschwinden.“ (in Personalakte PA 317) Staatsrat Bertram trug die Sache in einer Sitzung der Kirchenregierung vor, und nach einem Gespräch mit dem Bischof und einigen Oberkirchenräten versprach Goetze, den Vorsitz abzugeben und seinen Sohn, der ein Lehrvikariat bei Propst Witte in Dettum machte, in einer anderen Landeskirche „unterzubringen“. Bei der Visitation am 1. Advent schien dieser Konflikt überstanden. Goetze hielt eine deftige Predigt über den kämpfenden Mann und Christ, denn es war zugleich Männer Sonntag und das Mittelschiff war voll besetzt. „Der Mann soll kämpfen.. wie ein Soldat, der weiß: Ich stehe, ob an Rhein oder Weichsel, ob in Flandern oder auf dem Balkan, ein für Heimat und Herd, für Vaterland und Volkstum, also für Güter, die der ewige Gott selber in die Menschbrust gelegt hat. An das männliche, soldatische Empfinden des Christen appelliert nun auch der Anfang unseres Textes. In dienstfreien Stunden und in der Kasernenstube mag der Soldat wohl in bequemer Haltung und mit geöffneter Uniform dasitzen oder daliegen. Aber wenn zum Antreten, zum Ausmarsch, zur Felddienstübung geblasen wird, dann ist das erste, daß jeder Mann sich sein Koppel umschnallt, damit die äußere Haltung der inneren entspreche. „An den Lenden umgürtet sein“ bedeutet: Ordnung in sein Leben bringen, auch in sein Phantasie- und Gedanken- und Willensleben; bedeutet: in gesammelter Kraft, in wacher Bereitschaft ausschreiten...Die Freiheit und das Himmelreich gewinnen keine Halben“ hat unser Jugendchor uns vorhin ins Herz gesungen. Ein ganzer Mann sein heißt sich verlieren und zugleich wiederfinden in dem Mann am Kreuz; dem Mann, der geradezu ein Feind jeder bloß rührseligen Stimmungsfrömmerei war, der den Weibern auf der Straße nach Golgatha zurief: Weinet nicht über mich.“ Es war das Goetze geläufige nationalprotestantische Vokabular aus dem 1. Weltkrieg. Der Predigttext aus dem 1. Petrusbrief 1,13 „Darum so begürtet die Lenden eures Gemütes, seid nüchtern und setzt eure Hoffnung ganz auf die Gnade, die euch angeboten wird durch die Offenbarung Jesu Christi“ bot mit dem Wort vom Gürteln auch eine Assoziation zu anderen Bekleidungsriten als dem des Soldaten. Propst Leistikow fand die Predigt „als Männerpredigt sehr wirkungsvoll.“ Er bemängelte den geringen Kindergottesdienstbesuch von 50 Kindern, zu dem auch einige der damals 278 Konfirmanden beordert worden waren und der Sinn der Männerwerks- und Frauenhilfsarbeit dürfe nicht darin bestehen, den Männern und Frauen lediglich gemütliche Abende zu verschaffen. Der Gottesdienstbesuch wäre zu heben, eine Bibelstunde in allen drei Bezirken einzurichten und vor allem die Jugendarbeit auszubauen. Propst Leistikow hatte den Eindruck, daß die Volkskirche des Dritten Reiches in der Pauligemeinde stagnierte. Der durchschnittliche Gottesdienstbesuch wurde wie schon vor 1933 im Sommer mit 200 Besuchern, im Winter mit 300 und an Festtagen mit 600 Besuchern angegeben. Die Angabe auf dem Visitationsbogen, es gäbe 400-500 Dissidenten in der Gemeinde wurde nicht weiter diskutiert.

Als ausgesprochener Aktivposten wurde der junge Organist Pleus hervorgehoben. Pleus war 21 Jahre, als er 1934 in der Paulikirche als Organist fest angestellt worden war. Das war nicht ganz selbstverständlich, denn Pleus war vom Säuglingsalter an sehr stark sehbehindert und schließlich erblindet. Er hatte beim Domorganisten Walrad Guericke gelernt, ein vorzügliches Examen gemacht und sich schon vorher in der Gemeinde musikalisch engagiert. In Zusammenarbeit mit seiner Frau entstand eine rege musikalische Arbeit: Kinderchor, Jugendchor, gemischter Chor. Die Chöre sangen bekannte aber auch selbst komponierte Stücke im Gottesdienst. „Sehr gut“ vermerkte Goetze im Visitationsbericht 1937 auf die Frage, wie der Organist sein Amt führe, und Henneberger schrieb 1946 zutreffend: „Mit höher künstlerischer Fähigkeit und rechter innerer Einstellung“. Pleus blieb bis

zum 60. Lebensjahr in der Kirchengemeinde tätig, gab immer wieder Konzerte und spielte sogar die „Kunst der Fuge“ auf der Orgel, eine phänomenale Gedächtnisleistung.

Das Fliegerviertel gehört zur Pauligemeinde

Merkwürdigerweise wurde mit keinem Wort auf die Erweiterung des Gemeindebezirkes eingegangen. Das Gemeindegebiet war ganz erheblich gewachsen. Wer 1933 aus der Bernerstraße zum Fenster hinausblickte, sah auf Schrebergärten. Inzwischen war hier ein großes Neubaugebiet, das sog. Fliegerviertel, entstanden. Auf einem Teil des Franzschen Feldes war bereits 1937 ein sehr großes Gebäude für das Luftfahrtkommando 2 errichtet worden. Deutschland rüstete zum Krieg und die Stadt Braunschweig war führend mit dabei. Keine zehn Jahre später wurde diese Aufrüstung ebenfalls aus der Luft vernichtend beantwortet. Es entstanden neue Straßen, die nach Piloten aus dem 1. Weltkrieg benannt worden waren Gunther Plüschowstraße, Bertoldstraße, Boelckestraße, Immelmannstraße, Kapitän Lehmannstraße, Tutschekstraße, Hans Berrstraße, Richthofenstraße mit insgesamt rund 100 Hausnummern. Das war ein Bauboom, wie er auch im Süden und Norden der Stadt stattfand, und wurde als braunes Wirtschaftswunder empfunden. Da es kein Gemeindebüro und keine Gemeindegasse gab, spiegelte sich dieser Zuwachs weder in den Gemeindegliederzahlen wider, noch waren die neuen Gemeindeglieder ein Anlaß zu volksmissionarischer Bemühung.

Der kirchliche Alltag im Frühjahr 1938

Kirche und Gemeinde freuten sich, daß es allgemein aufwärts ging, wie ein Blick in die Pauli-Kirchennachrichten vom Januar bis April 1938 zeigt. In der nördlichen Nachbarschaft der Pauligemeinde war eine neue Kirche gebaut worden, die St. Georgkirche. Heilig Abend 1937 wurde zum ersten Male im großen Gemeindesaal, der unter das Kirchenschiff gelegt worden war, ein Weihnachtsgottesdienst gehalten. Gottesdienste und Kindergottesdienste wurden unbeanstandet weiter gehalten. Pastor Schwarze bot im Konfirmandensaal wöchentlich eine Bibelstunde an. Im Gemeindehaus der Pauligemeinde in der Kasernenstraße 7 trafen sich monatlich die Männerkreise von Henneberger, Goetze und Schwarze zu Versammlungen mit zeittypischen Vorträgen. Januar „Heute noch Altes Testament?“ (Schwarze), Februar „Wer übt Verrat an Luther?“ (Goetze), „Deutscher Mann und evangelischer Glaube“, ein Vortrag von Studienrat Gropp. (Henneberger). Vor den Frauenhilfen referierten eine Frau über die Leipziger Mission, Goetze sprach über „Blick in das Seelenleben der Kaiserin Augusta Victoria“ und zeigte dazu Lichtbilder, in der Frauhilfe von Schwarze: „Vom rechten Verständnis der Christusbotschaft“, „Jesu Passion in Bildern deutscher Künstler“. Ein unverwechselbares Markenzeichen für die Gemeinde waren die beiden leuchtenden Hauben der Diakonissen Schwester Maria und Schwester Erna. Schwester Maria war die Ältere und Zurückhaltendere, sie war 1908 ins Marienstift eingetreten, Schwester Erna war die sehr viel Jüngere und lebhaftere, sie war 1929 ins Mutterhaus eingetreten. Beide waren 1933 in die Schwesternwohnung Olfemannstraße 10 eingezogen. Sie setzten ihre pflegerische Tätigkeit und den Besuchsdienst in diesen Jahren fort. Schwester Erna, Jahrgang 1895, beteiligte sich Sonntag für Sonntag im Kindergottesdienst. Beide waren ein leuchtendes Beispiel für die Unverwüstlichkeit des Evangeliums auch im Dritten Reich und auch für das Nebeneinander von Diakonie und nationalsozialistischer Volkswohlfahrt.

Wöchentlich trafen sich im Gemeindehaus die Mädchen- und Knabenjungschar, der Jungmädchenbund, der Mädchenjugenddienst. Zu diesen Abenden erschienen die Jugendlichen teilweise auch in ihrer BDM oder HJ „Kluft“. Das war neben der selbstverständlichen Teilnahme der Pastorensöhne und -töchter an HJ und BDM, in denen sie auch Führerränge einnahmen, ein sichtbarer Hinweis für das funktionierende Nebeneinander von nationalsozialistischem Staat und evangelischer Kirche.

Dieses Nebeneinander war auch belastet und hatte kritische Phasen, wie es in jedem partnerschaftlichen Nebeneinander üblich ist. Ein Beispiel: Goetze hatte zu seinem Frauenhilfsabend besonders die Mütter der Konfirmanden eingeladen. Zu ihnen sprach der Stadtjugendwart Stracke über das Thema „Mutter und Sohn“. Es ging nicht nur darum, eine „christliche“ Jugend zu erziehen, sondern eine „christusgläubige Jugend“. Nur so würde sie sich im Kampf gegen Christus und Kirche behaupten. Da wurde etwas von den Konflikten und der Reibungsfläche deutlich, die das Nebeneinander von Staat und Kirche, von Staatsjugend und ev. Jugend bot.

Von einer Art illegaler Jugendarbeit berichtet nach dem Krieg Frau Käthe Nicolmann:

„Ich kam 1937 nach Ausbildung im Buckhardthaus als Stadtjugendwartin nach Braunschweig zurück und wurde vom damaligen Propst unter anderem auch mit dem Aufbau einer Mädchen-Jugendarbeit in der Pauli-Gemeinde beauftragt. Es gelang verhältnismäßig schnell, eine Mädchen- Jungschar zu gründen, doch geschah die Arbeit zur Leitung der Gemeinde illegal. Obwohl kirchliche Jugendarbeit mit den bekannten Auflagen ja nicht verboten war, hatte man so schreckliche Angst! Ich hatte nur Pastor Götze hinter mir, der allerdings da schon wegen des unglückseligen Arierparagraphen, unter den er fiel, total isoliert war und entsetzlich litt. Da mir das Gemeindehaus nicht zur Verfügung stand, öffneten uns christliche Eltern ihre Wohnungen und nahmen die Unbequemlichkeit in Kauf, bis zu 20 Mädchen zu beherbergen. Für einen Kreis konfirmierter Oberschülerinnen wurde uns abends das Wartzimmer eines Arztes zur Verfügung gestellt. In diesem Kreis konnte ich von 1939 bis Kriegsende ein halbjüdisches Mädchen verbergen und ihr ein wesentliches Stück Heimat geben.“

Neben dieser legalen und illegalen Jugendarbeit fand immer noch der reguläre Konfirmandenunterricht mit dem öffentlichkeitswirksamen Abschluß mit Prüfungen, Rüststunden, Einsegnungen und Abendmahlsgottesdienste getrennt für alle drei Bezirke statt. Die Karwoche hatte ihr besonderes Gesicht: sie begann mit zwei Gottesdiensten am Sonntag Palmarum, Karfreitag traf sich die Frauenhilfe I zu einem Vortrag Hennebergers „Deutschland und das Kreuz“ und Goetze hielt für seine Frauenhilfe einen Lichtbildervortrag über Oberammergau, Karfreitag, Karfreitag und Gründonnerstag waren Passionsandachten mit Abendmahl, Karfreitag und Ostersonntag fanden jeweils ein Vormittags- und ein Abendgottesdienst statt, drei mit Abendmahl. Den Abendmahlsgottesdienst am Ostermontag hielt Goetze traditionell mit Einzelkelchen. Dieser Blick in die Normalität des Pauligemeindeleben kann durchaus typisch auch für andere Braunschweiger Stadtgemeinden in jener Zeit gelten. Nach 1945 wurde dieser Blick in das alltägliche Gemeindeleben durch Begriffe wie „Kirchenkampf“ und „Widerstand“ verwischt. Es war außergewöhnlich, daß nun ausgerechnet die Pauligemeinde zum Schauplatz eines Konfliktes wurde, der diese Normalität grundlegend zerstörte.

Die Entfernung Pfarrer Goetzes aus dem Pauli-Pfarramt II 1938-1942

Der rechtswidrige Bescheid

Völlig unerwartet erreichte daher den Kirchenvorstand und die Gemeinde die sofortige Beurlaubung von Pastor Goetze am 10. November 1938 ein. Goetze hatte am Tag nach der Terror-Pogromnacht, in der die Synagogen und jüdische Geschäfte in Bereich der Landeskirche wie im ganzen Reich zerstört oder verwüstet und Hunderte von jüdischen Mitbürgern abtransportiert worden waren, einen Telefonanruf von OKR Dr. Breust erhalten, der ihm im Auftrag der Finanzbevollmächtigten Hoffmeister im Landeskirchenamt mitteilte, daß ihm die Vornahme aller Amtshandlungen untersagt wäre. Es wäre denkbar gewesen, daß auch die Wohnung der Familie Goetze von SA-Leuten überfallen und Goetze abtransportiert worden wäre. Die Mutter Goetzes war Jüdin gewesen, daher galt ihr Sohn Alfred nach den unsäglichen Nürnberger Rassegesetzen als „Halbjude“. Diese Stigmatisierung brauchte die Kirche nichts anzugehen, denn die Mutter Goetzes war nach der Geburt ihres Sohnes Alfred getauft worden und damit Christin und Glied ihrer evangelischen Kirchengemeinde in Berlin gewesen. Aber die Nationalsozialisten hatten bereits 1924 den antisemitischen Artikel ihres Parteiprogramms so interpretiert, daß die Taufe an der Einstufung als Jude nichts ändere. Das hatte begrifflicherweise für eine Landeskirche keinerlei Bedeutung. Der ansonsten in Rechtssachen bekanntermaßen gewiefte Oberkirchenrat Dr. Breust, der in der Propstei Braunschweig als der verlängerte Arm des Finanzbevollmächtigten Hoffmeister amtierte, hätte diese rechtswidrige Anweisung gar nicht weitergeben dürfen. Hoffmeister war für Personalfragen überhaupt nicht zuständig, Es gab obendrein keine Rechtsgrundlage, nach der Goetze hätte beurlaubt werden können. Ein derart schwerwiegender Vorgang war schon gar nicht telephonisch zu übermitteln. Goetze hatte keinen Anlaß, auf dieses Telefongespräch zu reagieren, aber die Atmosphäre war durch den überall sichtbaren Staats- und Parteiterror furchterregend und einschüchternd. Wen konnte es noch treffen? Auch der frühere 65jährige Seminardirektor Pastor Niemann in Gr. Stöckheim wurde aus demselben Grund vom Dienst beurlaubt.

Die Kirchenleitung beugt sich dem Unrecht

Es war noch unklar, wie sich das Landeskirchenamt zu dieser Rechtswidrigkeit verhalten würde. Landesbischof Johnsen war am 10. November in Berlin. Unter dem Datum 12. November erhielt

Goetze nun einen schriftlichen Bescheid, unterzeichnet von OKR Röpke, der die telephonische Beurlaubung vom Dienst schriftlich bestätigte. „Wie Ihnen bereits durch Herrn Oberkirchenrat Dr. Breust mitgeteilt, haben Sie sich bis auf weiteres jeglicher Ausübung pfarramtlicher Geschäfte zu enthalten. Röpke“ (in der Anlage zu einem Brief Goetzes an die Kirchenkanzlei vom 18.1.1939 ZAB A 4/220, auch A 4/358 Bl 18). Die Lage hatte sich also auch in der Kirchenbehörde so grundlegend verändert, daß der Landesbischof, der Personalreferent Röpke und auch der für theologische Fragen zuständige OKR H.E. Seebaß der Durchführung dieser geschäftsordnungswidrigen Anweisung trotz fehlender Rechtsgrundlage Folge leistete. Dem schriftlichen Bescheid von OKR Röpke fehlte begreiflicherweise jede Begründung.

Wenig Solidarität

Weder der Propst von Braunschweig Leistikow noch der Pfarrernotbund, dem Goetze seit 1934 angehörte, protestierten beim Landeskirchenamt oder wagten eine öffentliche oder wenigstens interne Solidaritätserklärung. Der Konflikt wurde auf dem Rücken der Kirchengemeinde Pauli ausgetragen, denn nun hatten die beiden anderen Pastoren alle anfallenden Amtshandlungen, Konfirmandenunterricht und Gottesdienste zu vertreten.

Der Protest des Kirchenvorstandes

Goetze protestierte gegen die schriftliche Anweisung Röpkes und wies auf die fehlende Rechtsgrundlage hin. Auch der Kirchenvorstand beriet die Lage und stellte sich unerschrocken einstimmig hinter Pastor Goetze. Goetze solle weiterhin Seelsorger ihrer Kirchengemeinde sein. Diese Erklärung konnte nicht geheim bleiben und war für jene Mitglieder des Kirchenvorstandes mit einem hohen Risiko verbunden, die in ihrem Beruf auf das Wohlwollen von Partei und Staat angewiesen waren. Das Kirchenvorstandsmitglied Karl Höse war inzwischen Landgerichtsdirektor und hatte wegen seines Eintretens für den „Halbjuden Goetze“ Schwierigkeiten zu erwarten. Der Beschluß des Pauli Kirchenvorstandes war ein Beispiel für die Wolfenbüttler Kirchenleitung, die Anweisung von Hoffmeister nicht widerspruchslos hinzunehmen. Es war nicht die einzige Aktion des Kirchenvorstandes. Am 3. September 1939, zwei Tage nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen, tagte der Kirchenvorstand von Pauli und beschloß ein Schreiben an den Landesbischof und bat erneut um die Wiederverwendung von Goetze. Die hohen Anforderungen, die gegenwärtig an jeden deutschen Mann gestellt würden, verlangten dringend den Einsatz aller verfügbaren Kräfte auch in der Seelsorge. „Der Kirchenvorstand von St. Pauli bittet daher einmütig, eine solche Beauftragung des Herrn Pastor Goetze baldmöglichst auszusprechen zu wollen.“ Der Kirchenvorstand wollte unbedingt vermeiden, daß das Schreiben im Landeskirchenamt unter- oder verlorenging, und sandte es, unterzeichnet von Pastor Schwarze, zur Kenntnisnahme auch an den stellvertretenden Propst Kalberlah und an Pastor Goetze selbst „zur gefälligen Kenntnisnahme und mit der Bitte, auch seinerseits in jeder ihm geeignet erscheinenden Weise dahin zu streben, daß er um der Gemeinde willen baldigst sein Amt ausübt.“ Das war eine beispielhafte, tapfere Haltung, und Pastor Goetze wußte, daß er mit der geschlossenen Unterstützung seines Kirchenvorstandes rechnen konnte.

Die „lex Goetze“

OLKR Röpke schickte den Antrag am 5. September 1939 an die Kirchenkanzlei in Berlin mit der dringenden Bitte, über den Antrag des Kirchenvorstandes eine Entscheidung herbeizuführen, anstatt selber eine tapfere Entscheidung zu treffen. Auch Goetze schaltete mit persönlichen Gesprächen und zahlreichen Briefen die Kirchenkanzlei in sein Verfahren ein. Nach wie vor fehlte es der Kirchenbehörde an einer stichhaltigen Begründung zur Entfernung Goetzes aus dem Dienst. Allein aus diesem Grund schuf die Braunschweiger Kirchenbehörde das erbärmliche Kirchengesetz Nr. 5339 „über die Versetzung eines Geistlichen in den einstweiligen Ruhestand“. Danach konnte die Kirchenregierung einen Pfarrer in den Ruhestand versetzen, „wenn es das Wohl der Gesamtkirche“ erforderte. Der Vorsitzende des Pfarrervereins, Propst Hans Ernesti kündigte umgehend Protest gegen dieses Gesetz an und lieferte einige Monate später eine ausführliche Begründung. Durch dieses Gesetz waren die Pfarrer der Landeskirche praktisch nicht mehr ihres Amtes sicher. Das Gesetz erhielt den Spitznamen „lex Goetze“, weil es nunmehr die rechtliche Handhabe bot, Goetze aus dem Paulipfarramt zu entfernen. Es war eines der ersten Gesetze, die im Herbst 1945 aufgehoben wurden. Nun konnte die Kirchenregierung Goetze mitteilen, daß seine Entfernung aus der Pauligemeinde mit „dem Wohl der Gesamtkirche“ begründet werde.

Erneuter Protest des Kirchenvorstandes

Das ließ der Kirchenvorstand, der darin zu Recht eine Diskriminierung der Gemeindegarbeit Goetzes sah, nicht gelten, hielt am 21. Januar 1940 eine Kirchenvorstandssitzung ab und schrieb am 22. Januar 1940 an die Kirchenregierung, es wäre ihm „nichts bekannt, was einer ersprießlichen Arbeit des Pastor Goetze in unserer Gemeinde“ entgegenstünde. Pointiert fügte der Kirchenvorstand hinzu, insbesondere bitte der Kirchenvorstand um Auskunft, „ob etwa die nicht rein arische Abstammung von Pastor Goetze“ die oben erwähnte Maßnahme veranlaßt habe. Dieser Brief war eine furchtbare Blamage für die gesamte Kirchenbehörde. „Etwa“ sollte bedeuten, daß die längst bekannte Tatsache, daß die Mutter Goetze mal jüdisch gewesen war, für den Kirchenvorstand keinesfalls ein Grund für die Entfernung aus dem Dienst der Kirchengemeinde sein konnte. Der Kirchenvorstand widersetzte sich hartnäckig den Maßnahmen der Finanzabteilung, der Kirchenregierung, des Bischofs und des Landeskirchenamtes, die sich offenkundig alle darin einig waren, Goetze opfern zu müssen, um Wohlwollen für die Landeskirche zu erlangen. Der Brief war von Pastor Schwarze unterzeichnet. Es wäre möglicherweise noch eindrucksvoller gewesen, wenn auch Pastor Henneberger den Brief mit unterzeichnet hätte. Aber Henneberger hielt sich während des ganzen Verfahrens bedeckt.

Schützenhilfe aus Berlin und die Amtshandlung Goetzes

Der Kirchenvorstand erhielt unerwartet Schützenhilfe aus Berlin. Das Landeskirchenamt erhielt auf die Anfrage von Roepke am 26. März 1940 einen Bescheid von der Kirchenkanzlei, wonach Goetze wegen seiner „nichtdeutschblütigen Abstammung“ nicht aus dem Dienst entlassen oder in den Ruhestand oder Wartestand versetzt werden dürfte. Er behielte alle Ansprüche auf Dienstbezüge, Versorgung und Amtsbezeichnung in vollem Umfang weiter, er dürfe zwar keine Amtshandlungen vornehmen „mit Ausnahme solcher Amtshandlungen, die er auf besonderen Wunsch der Beteiligten im geschlossenen Kreis vollzieht.“ Dieses Schreiben war nur ein Briefentwurf, der aber Goetze erreicht hatte und auf dessen Inhalt sich Goetze berief, als zum Entsetzen des Braunschweiger Propstes in der Nationalsozialistischen Braunschweiger Tageszeitung vom 11. August 1940 eine Danksagung mit Namensnennung von Goetze für die Abhaltung einer Beerdigung erschienen war. „Was tun?“ schrieb Leistikow an Röpke. „Ich hatte Herrn P. Goetze zur Rede gestellt, wie er dazu käme, gegen die eindeutige Verfügung vom 12.11.1938 und zuletzt noch die Verfügung vom 25.6.1940 zu handeln“. Goetze zeigte Leistikow das Schreiben der Kirchenkanzlei, wonach „im kleinen Kreise“ eine Amtshandlung möglich wäre. Goetze war also nach wie vor vom Kirchenvorstand und auch von Kreisen seiner Kirchengemeinde getragen. Das Landeskirchenamt hatte von der Berliner Kirchenkanzlei freie Hand für die Behandlung des „Falles Goetze“ erhalten.

Auch das Landeskirchenamt erhielt einen irritierenden Bescheid von der Kirchenkanzlei vom 27.5.1940, in dem es hieß: „Im staatlichen Raume würden nach den geltenden Bestimmungen der Tatbestand, daß ein Beamter, der zwar Halbjude aber im Besitz des Reichsbürgerrechts ist (wie Götze) nicht dazu ausreichen, ihn aus dem Amt zu entfernen“. (Das „nicht“ war im Original sogar unterstrichen.) Wenn jene indes im öffentlichen Dienst in einer führenden Stellung tätig wären, würden sie zurückgezogen und etwa in einem Archiv beschäftigt. Der Kirchenregierung bliebe es überlassen, ebenso zu verfahren. Es herrschte also auch in den Berliner Stellen keine eindeutige Klarheit.

Erneuter Protest des Kirchenvorstandes

Zum vierten Mal wurde der Kirchenvorstand vorstellig und zwar dieses Mal persönlich. Am 3. Februar 1941 gingen Pastor Schwarze, Landgerichtsdirektor Höse und Studienrat i. R. Klingenspor ins Landeskirchenamt und legten den OLKRäten Röpke und Seebaß in einem fast zweistündigen Gespräch den Standpunkt des Kirchenvorstandes vor, Höse den juristischen Standpunkt, Klingenspor den theologischen und Schwarze den von der Gemeindegarbeit aus. „Sie machten geltend, das nach Ansicht des Kirchenvorstandes die Möglichkeit eines Weiteramtierens des Pastor Götze gegeben sei, zeichneten anerkennend die Persönlichkeit Götzes als Pfarrer und Prediger und baten, Götze doch im Amt zu belassen.“ OLKR Seebaß ging auf die vorgebrachten theologischen und die Gemeinde betreffenden Argumente offenbar nicht ein, während Röpke den Kirchenvorstehern ungerührt erklärte, an der Versetzung in den Wartestand wäre nichts zu ändern, sie sei außerdem notwendig im Interesse der Gesamtkirche. Die Kirchenvorsteher mußten mit der bitteren Erkenntnis nach Hause fahren, daß sich die beiden theologischen Oberlandeskirchenräte den Standpunkt der nationalsozialistischen

Finanzabteilung völlig zu eigen gemacht hatten. Mit dieser Entscheidung und nach diesem Gespräch war einem Weiteramtieren beider Oberlandeskirchenräte nach 1945 eigentlich die Grundlage entzogen. OLKR Seebaß blieb bis zu seinem Tod 1957 im Amt, OLKR Röpke bis zu seiner Emeritierung 1963. Die Kirchenvorstandsmitglieder baten, über den Besuch einen Vermerk zu machen und ihn zu den Akten zu nehmen. So ist dieses Gespräch überliefert worden.

Die verstockte Kirchenbehörde

Noch im selben Monat erhielt Goetze mit dem Datum vom 24.2.1941 seine von OLKR Röpke unterzeichnete definitive Entfernung aus dem Dienst der Landeskirche. „Es ist Ihnen bekannt, daß Ihnen seit dem 10. November 1938 wegen Ihrer nicht rein arischen Abstammung – Sie haben einen jüdischen Elternteil – die Ausübung des Dienstes untersagt ist. Das Wohl der Gesamtkirche erfordert bei dieser Sachlage, daß Sie künftig nicht mehr ein öffentliches Pfarramt der Braunschw. Landeskirche bekleiden. Außerdem ist es notwendig, die Möglichkeit einer anderweitigen Besetzung Ihrer Pfarrstelle zu schaffen. i.V. Röpke“ Mit diesem Schreiben war die theologische Unterordnung des Taufsakramentes unter die mörderischen Rassengesetze und die aus dieser Häresie folgenden Dienstentfernung eines Pfarrers aktenkundig.

Goetze legte sofort Widerspruch gegen die Entscheidung ein und verzögerte auf diese Weise den Vollzug der Entscheidung.

Der Schachzug mit dem Landgericht

Nun zögerte Goetze das Verfahren durch eine Klage vor dem Landgericht Braunschweig hinaus und ließ sich von Rechtsanwalt Justizrat H. Dedekind vertreten. In einem 30 Seiten langen Schriftsatz bestritt Dedekind die Rechtmäßigkeit der Beurlaubung und des Gesetzes vom Dezember 1939, „das an rücksichtsloser Ausschaltung aller Sicherungen für den Pfarrerstand über alle anderen Landeskirchlichen Wartestandgesetze, auch über das bis dahin radikalste – das in Bremen hinausgeht.“ Dedekind betonte „die ganz eindeutig nationale, völkische Gesinnung und Haltung, die der Kläger als Pfarrer und besonders als Geschäftsführer des Landeselternbundes im öffentlichen Kampf gegen Kommunismus und Gottlosenbewegung in den Jahren 1918-33 an den Tag gelegt habe und das einmütig bekundete Vertrauen des Kirchenvorstandes. „Durch mehrfache Entsendung von Abgeordneten ins Landeskirchenamt wie durch schriftliche Eingaben hat sich der Kirchenvorstand von St. Pauli nunmehr bald drei Jahre hindurch bemüht, seinen Pfarrer für die seelsorgerliche Arbeit in der großen Gemeinde wieder frei zu machen und zum Einsatz zu bringen.“ Goetze hatte insofern Erfolg, als die Beschlußstelle der Kirchenkanzlei die Sache an sich zog und eine Urteilsprechung verschoben wurde.

Goetze nutzte die vom Gericht geschaffene Pause dazu, das Landeskirchenamt im Herbst 1941 darauf hinzuweisen, daß seine Dienstentfernung auch parteipolitisch unnötig wäre. Die ebenfalls „rassistisch belastete“ Tochter Goetzes hatte aus dem Führerhauptquartier schriftlich eine persönliche Entscheidung Hitlers, „daß Fräulein Ingeborg Goetze in Braunschweig Wilhelm Bodestr. 2, deutschblütigen Personen im Sinne der deutschen Rassegesetzgebung und der hierzu erlassenen Gesetze mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten gleichgestellt wird.“ Mit diesem Schreiben hätte sich auch kirchenpolitisch gut argumentieren lassen, aber Goetze war der Kirchenleitung unbequem geworden.

Die vergebliche Besetzung der Pfarrstelle Pauli II und Ergänzung des Kirchenvorstandes

Das Landeskirchenamt hatte die von Goetze besetzte Pfarrstelle Pauli II ausgeschrieben, obwohl Goetze noch in seinem Hause wohnte. Zur Durchführung der Wahl eines neuen Pfarrers war eine Ergänzung des Kirchenvorstandes notwendig geworden. Im Mai 1941 teilte Pastor Schwarze dem Landeskirchenamt mit, daß seit 1935 sechs Mitglieder aus dem Kirchenvorstand ausgeschieden waren. Es waren Ball, Engeland, Jorns, Kirchberg, Löhnefink, und Preer. An ihre Stelle schlug Schwarze folgende Personen vor, die er alle als treue Kirchenbesucher bezeichnete und sich auch für ihre „politische Zuverlässigkeit“ ausdrücklich verbürgte.

Die 12 alten Mitglieder, die sich für Pastor Goetze eingesetzt hatten, waren die beiden Provisoren Kellner und Grosse, Danneberg, Hesse, Höse, Klingenspor, Lüddeckens, Mack, Meier, Ring, Tetzlaff und Urban. Zu diesen traten 1941 hinzu: Oberstudiendirektor Dr. phil Richard Bock; Reichsbahnoberinspektor Karl Globig; Dr. Hanke; Buchhalter Walter Köhler; Martha Münter, geb. Heuer, Ilse Vestner, geb. Diekmann. Letztere war nicht nur Vorsitzende der Frauenhilfe sondern auch

Mitglied der NS Frauenschaft. Als Ersatzmänner nannte Schwarze Zollinspektor Hans Königsdorf; und Lehrer a. D. Karl Meyer. Diese Auffüllung des Kirchenvorstandes ist ein wichtiger Hinweis, daß die Kirchenvorstandsarbeit dort, wo sie gepflegt wurde, sogar in Kriegszeiten möglich war. Die Mitarbeit in diesem derart profilierten Kirchenvorstand war ein besonderer Akt christlicher Solidarität. In einem öffentlichen Gottesdienst wurden diese acht Frauen und Männer in ihr Kirchenvorsteheramt eingeführt, für die öffentliche Situation des Jahres 1941 doch ein Ereignis gegen den Trend. Im Dezember 1941 wurde Pfarrer Lepsien knapp vor Pfarrer Witte (mit 8:7 Stimmen) gewählt. Allerdings wurde Lepsien eingezogen und trat seinen Dienst in der Paulikirche nicht an. Die Pfarrstelle blieb noch acht Jahre bis 1950 vakant.

Goetze beantragte bei der Kirchenregierung, der Pfarrerwahl die Bestätigung zu versagen. Die Kirchenregierung entschied im Februar 1942, dem Antrag Goetzes nicht zu entsprechen.

Erst am 21.8.1942 wies das Landgericht erwartungsgemäß die Klage Goetzes ab. Nun verzog Goetze aus dem Haus Wilhelm Bodestr. 2 in die Gemeinde seines Sohnes, der Pfarrer der württembergischen Landeskirche in Allmersbach geworden war, nachdem ihm das Landeskirchenamt in Wolfenbüttel 1936 aus ns. rassistischen Gründen nach dem bestandenen zweiten Examen die Anstellung in der Braunschweiger Landeskirche verweigert hatte. Der Sohn war an die Front eingezogen worden und sein Vater verwaltete für ihn die Kirchengemeinde. In Württemberg war möglich, was in der Braunschweiger Landeskirche aus Mangel an Zivilcourage der Kirchenleitung und trotz der Zivilcourage des Paulikirchenvorstandes nicht möglich gewesen war. War es nur ein zeitlicher Zufall, daß am 21. Dezember dieses Jahres 1942 die Kirchenregierung Otto Henneberger den Ehrentitel Kirchenrat verlieh?

Pauligemeinde im Kriege

Der Krieg brachte die deutsche Bevölkerung und Hitler immer näher zusammen, denn die militärischen Siege über Polen und Frankreich versetzten die Bevölkerung auch in Braunschweig in einen rauschhaften Taumel. Ein faschistisches Europa mit Deutschland, Italien, Spanien, Frankreich. Dänemark und Norwegen erschien greifbar nahe. Und es war endlich wieder ein christliches Europa. Mussolini hatte mit dem Vatikan schon früh seinen Frieden gemacht, und nach dem Sieg über Frankreich erklang aus dem Volksempfänger aus kehligen Männerstimmen der bekannte Choral „Nun danket alle Gott“. Sieben Tage lang läuteten in ganz Deutschland und auch von der Paulikirche alle Glocken.

„Kämpfendes Volk und glaubende Gemeinde“ von Henneberger

Pfarrer Otto Henneberger veröffentlichte 1940 einen schmalen Aufsatzband unter dem Titel „Kämpfendes Volk und glaubende Gemeinde“, in dem er seine These vom fruchtbaren Nebeneinander von nationalsozialistischem Staat und lutherischer Kirche auch für die Kriegszeiten bekräftigte. Er widmete diese Abhandlung seinem im 1. Weltkrieg bei Langemarck gefallenen Bruder Edwin. Henneberger stellt sich hinter die Lüge vom Verteidigungskrieg. Schon im Parteiprogramm von 1923 waren die Ansprüche auf ein Großdeutschland mit Gebieten jenseits der Reichsgrenzen zum Programm erhoben worden. Das neue Deutschland wäre herausgefordert zum Kampf auf Leben und Tod. Seine Freiheit und seine Ehre wären bedroht. Das waren die schon vor 25 Jahren überholten Phrasen aus dem kirchlichen Rechtfertigungsvokabular des 1. Weltkrieges. Henneberger stellte die Kirche ganz und gar für diese Kriegslage zur Verfügung, denn die letzte Wehrkraft eines Volkes wäre sein Glaube. „Daß mitten im kämpfenden Volke eine wahrhaft glaubende Gemeinde sei, ist ernsteste Notwendigkeit“. Den fünf Überschriften „Der große Verbündete“, „Der Kampfschatz des Glaubens“, „Der Griff nach dem Brot“, „Standhaftes Mannestum – ohne Zorn und Zweifel“, „Schicksalgläubig oder Gottes gewiß?“ ist jeweils ein Bibelwort vorangestellt. Henneberger beendete die Abhandlung mit einem Gesangbuchvers. Sie können als Predigten an Pauli im 2. Kriegsjahr gelesen werden. In glatten Wendungen machte Henneberger den Glauben seiner Gemeinde kriegstüchtig. Der gottgewisse Mensch füge sich nicht in fatalistischer Dumpfheit eines dunklen Schicksals, sondern diene in freudigem verantwortungsvollem Gehorsam der geschichtlichen Stunde, in der Freudigkeit zu Gott. Das hieß nichts anderes, als daß die Gemeinde den verbrecherischen Krieg als „geschichtliche Stunde“ zu bejahen und als Dienst für Gott zu verstehen habe. „Es hat mich tief ergriffen zu hören“, predigte Henneberger, „was über den Heldentod eines Sohnes unserer Gemeinde geschah: Daß sein Kamerad, eh er ihm das Grab grub und ein schlichtes Kreuz darüber stellte, über dem gefallenen Bruder ein

letztes Vaterunser betete. So wird das Vermächtnis erfüllt, das hier der Apostel Jesu Christi gab und das der deutsche Feldmarschall Mackensen einer jungen Mannschaft in die Bibel schrieb: Ich will, daß die Männer beten an allen Orten.“ (S. 36) So wurde das furchtbare gegenseitige Morden an der Front mit seinen entsetzlichen zivilen Opfern christlich verklärt. Henneberger verknüpfte den Eroberungskrieg Hitlers mit dem künftigen Erhalt der Kirche. „Dafür, daß im neuen Deutschland wir Christen unseres Glaubens leben können, dafür werden wir zur rechten Zeit selber einstehen, nachdem wir jetzt unsere Pflicht erfüllen in unbedingter Treue zu Volk und Reich und Führer, im Kampf für Deutschland.“ Zu dieser Zeit war bereits klar, daß sein Amtsbruder Goetze nicht mehr ungehindert „seines Glaubens leben“ und diesen verkündigen konnte.

Volkskirche im Kriege

Bis 1941 ging das alltägliche Leben mit den Einschränkungen der rationierten Lebensmittel, den Verdunkelungen der Fenster am Abend, den Vertretungen für die zum Fronteinsatz einberufenen Pfarrer, vor allem aber mit dem Bangen um die eingezogenen Söhne und Väter weiter. Der Krieg war für den größten Teil der Bevölkerung weit weg und fand als Nachricht mit Sondermeldungen im Volksempfänger statt.

Auch das volksskirchliche Gemeindeleben an Pauli ging in Kriegszeiten, teilweise eingeschränkt, weiter, wie die Tabelle der Kasualien anzeigt:

Jahr	Taufen	Trauungen	Konfirmationen
1938	227	106	225
1939	170	80	164
1940	179	72	172
1941	213	75	143
1942	223	74	122

Die Zunahme der Taufziffern während des Krieges ist auffällig. Die Abnahme der Trauziffern ist von der Abwesenheit der Männer in der Heimat beeinflusst. Der Rückgang der Konfirmandenzahl hängt wohl nicht unwesentlich mit dem Einbruch der HJ/BDM Ideologie in das Leben der damalige Jugend zusammen, später auch mit der Evakuierung der Jugendlichen aus der Stadt auf das Land.

Nach privaten Aufzeichnungen von Pastor Schwarze hatte er im Jahr 1940 230 Trauerfeiern abgehalten. Leider gibt es bisher keine für die Braunschweiger Kirchengemeinden aufgeschlüsselten Kirchengemeinden aufgeschlüsselten Kirchengemeinden aufgeschlüsselten Kirchenaustrittszahlen aus jener Zeit. Die bisher einzige greifbare Ziffer macht indes das Ausmaß der damaligen Kirchenaustritte deutlich. Vom 1.1.-30.1.1939 traten insgesamt allein in der Stadt Braunschweig insgesamt 3.065 Personen, davon 2.086 Männer und 979 Frauen aus der evangelischen Kirche aus. (S 301)

Bezeichnender finde ich folgende Beobachtung: die Kirchenaustritte machten sich bei den Konfirmandeneltern bemerkbar. Von den Konfirmanden des Jahres 1942 waren zwölf und 1943 elf Elternteile oder sogar beide Eltern aus der Kirche ausgetreten waren und als „gottgläubig“ im Konfirmandenregister vermerkt worden. „Gottgläubig“ war die Religionsbezeichnung für aus der Kirche ausgetretene Nationalsozialisten. Trotzdem wollten sie nicht auf die Konfirmation ihrer Kinder verzichten. „Gottgläubige“ Elternteile oder Eltern begehrten mit zunehmenden Kriegsjahren auch die Taufe. Eine Art kirchliche Lebensordnung, die Vorschriften enthielt, unter welchen Bedingungen eine Taufe zu verweigern wäre, gab es nicht. Die Gemeindepfarrer konnten solches Begehren als ersten Schritt zur Annäherung an die Kirche verstehen und nahmen dann die Amtshandlung auch vor.

Der Schrecken des Krieges hatte das Braunschweiger Land und die Stadt lange nicht erreicht. Die letzten veröffentlichten Kirchennachrichten vom Frühjahr 1941 meldeten, daß Gottesdienste, Konfirmandenprüfungen, Passionsandachten wie in Friedenszeiten weitergingen. Auffällig ist die Nachricht, daß am 26. Januar 1941 in der Paulikirche von Pfarrer Blankerts aus Ülzen eine „Deutschchristliche Gottesfeier“ gehalten wurde. Es war bekannt, daß Pastor Wernsdorff in der Katharinenkirche monatlich diese häretischen Feiern abhielt, die den Versuch der Gleichsetzung von Gottesreich und Drittem Reich und einer entjudaisierten evangelischen Kirche aus den Jahren 1933/34 hartnäckig fortsetzten. Nun hatte die nazifizierte Finanzabteilung in Wolfenbüttel und deren Vertreter in Braunschweig, OLKR Dr. Breust, eine solche Gottesfeier auch für die Paulikirche durchgesetzt. Am

Nachmittag um 16.00 predigte Henneberger für die traditionelle Gemeinde. Die Frauenhilfen hörten Vorträge über „Das Jahr der Kirche“, vom Bleckenstedter Propst Strothmann mit Lichtbildern über die „kirchliche Arbeit im Braunschweiger Industriegebiet“, Henneberger behandelte von R.A. Schröder „Ein Kreuzgespräch“, Schwarze sprach über „Unser Glaube ist der Sieg“.

Das Kriegsende 1943 - 1945

Mit der Nachricht von der verheerenden Niederlage bei Stalingrad im Februar 1943 und den einsetzenden feindlichen Fliegerverbänden, die zunächst meist weiter nach Osten flogen, dann aber auch vermehrt die Stadt Braunschweig bombardierten, begann der Zusammenbruch, der indes die Bevölkerung und „ihren Führer“ nicht zu trennen vermochte. Eine Alternative zu einem Deutschen Reich ohne Hitler überstieg die Vorstellungskraft der Bevölkerung und der Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 wurde als Verrat an der kämpfenden Truppe auch von den Kanzeln verurteilt. In der Innenstadt wurden ab 1940 in Eile große Hochbunker zum Überleben gebaut und waren ab 1943 bezugsfertig. Die Bewohner im östlichen Ringgebiet waren schutzlos und konnten sich höchstens in den Bunker in der Methfesselstraße flüchten. Die meisten Gemeindemitglieder flüchteten sich jedoch in den 600 Meter tiefen Luftschutzstollen, der in der ersten Hälfte 1944 von KZ Häftlingen, Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern vor aller Augen in Tag- und Nachtarbeit in den Nußberg getrieben worden war. Der Stollen war weit entfernt, die sechs Eingänge nur durch unwegsames, verschlammtes Gelände zu erreichen, sodaß bei Alarm unhaltbare Zustände vor den viel zu engen, nicht verschließbaren Stolleneingängen herrschten, wie der Polizeipräsident an den Oberbürgermeister berichtete. Die Bunker durften nur von Alten, Kindern und Frauen betreten werden, Jugendliche und Männer zwischen 16 und 60 Jahren hatten während des Alarms in der „Heimatfront“ zu wachen und zu löschen oder suchten die Luftschutzkeller in den Wohnhäusern auf.

Die Gemeindearbeit brach zum Kriegsende sichtlich in sich zusammen

Jahr	Taufen	Trauungen	Konfirmanden
1942	223	74	122
1943	193	90	93
1944	48	31	51
1945	12	39	45

Die niedrige Zahl der Amtshandlungen ist ein Hinweis auf die Massenflucht vor den Fliegerangriffen aus der Stadt auf das Land, die systematische Evakuierung der Jugend in den Harz, auf den Zusammenbruch des zivilen Umgangs und die immer schwieriger werdende Vornahme von Amtshandlungen. Pastor Henneberger erkrankte, nachdem er und seine Frau einen Bombentreffer im Keller des Hauses Bismarckstr. 1 am 10.2.1944 zwar überlebt hatte, aber nicht mehr dienstfähig war. In der Zeit vom 11.2. – 11.3. 1944 begrub Pastor Schwarze 76 Gemeindemitglieder. Die Gemeindearbeit beschränkte sich auf Bestattungen und vom Alarm ständig unterbrochene und wieder aufgenommene Gottesdienste. Der große Kirchenraum, die Sakristei und ein Konfirmandensaal der Paulikirche waren mit Möbel und Hausrat vollständig vollgestellt. „Im Konfirmandensaal hielten wir unsere Gottesdienste, oft genug gestört durch Luftwarnung, sogar am Heilig Abend 1944. Die Getreuen kamen nach der Entwarnung, wenn der Alarm nicht gar zu lange währte, oft noch zu einem kurzen Gottesdienst zusammen“, schrieb Pastor Schwarze in die Chronik.

Die Zerstörung der Innenstadtkirchen und des Marienstiftes, die historisch beispiellose Verwüstung der Innenstadt nach dem Angriff vom 14.10.1944, beendeten zum größten Teil die Gemeindearbeit. Die Kirchenbücher wurden am 15. März in das Salzbergwerk Grasleben verbracht. Der Transport vor Ort erfolgte durch gefangene Russen.

Die Frage nach dem Sinn des Krieges

Die Frage nach dem Sinn des Kriegsverlaufs und nach dem Sinn der größer werdenden Zahl der Gefallenen wurde von den Familienangehörigen gestellt und in den besonderen Gedächtnisgottesdiensten beantwortet, die in der ganzen evangelischen Kirche und auch in der Pauligemeinde von den Pfarrern Henneberger und Schwarze meist gemeinsam gehalten wurden. „Die Listen mit den Namen der Gefallenen, die zur Verlesung kamen, wurden immer länger. Zu den im

Felde Gefallenen kamen die Opfer in der Heimat durch die Luftangriffe“, schrieb Schwarze 1946 in die Kirchenchronik. Der Opfergedanke wurde das zentrale Entlastungsthema: die gefallenen Männer wären Opfer der Feinde, die Ausgebombten verstanden sich als Opfer der Luftangriffe, die als „Terror“ definiert wurden. In diesem Opferverständnis wurden in den offiziellen Predigthilfen der Opfertod Jesu und dessen Unschuld und Gehorsam mit der Unschuldigkeit und dem Gehorsam der deutschen Soldaten und dem gehorsamen Ausharren der ausbombardierte Braunschweiger in Zusammenhang gebracht.

Ein anderer theologischer Begriff diente zur weiteren Sinngebung. OLKR Röpke sah in der Wendung des Krieges eine „Heimsuchung“, eine „Prüfung des Glaubens“, die es zu bestehen gelte.

Beide Begriffe erwiesen sich als tiefgreifend und wirkungsmächtig, denn sie konnten auch nach dem Krieg noch weiter verwendet werden und verhinderten die naheliegende Frage nach den Gründen für den Ausgang des Krieges. Die Wurzel dieser schwer verständlichen theologischen Verirrung, die nicht nach Einsicht, Schuld und Buße fragte, lag bereits in dem Charakter der Gedächtnisgottesdienste für die Gefallenen vor 1945.

Die Nachkriegszeit 1945 - 1949

Mit der Blitzniederlage der deutschen Wehrmacht im Frühjahr 1945 fand auch das Konzept des geordneten Nebeneinanders von nationalsozialistischem Staat und lutherischer Kirche sein furchtbares Ende. Deutschland und Braunschweig waren nicht wiederzuerkennen. Das lange anhaltende Bild der Zerstörung der Innenstadtkirchen und ihrer Umgebung hatte keine Parallele in der Vergangenheit. Der Turm der Paulikirche war auf das Gewölbe gestürzt, aber Gewölbe und Mauern der Paulikirche waren anders als bei der Magnikirche stehen geblieben. Das Gemeindehaus war völlig zerstört. Pastor Schwarze mußte seine Pfarrwohnung Bernerstr. 3 für die britischen Besatzungstruppen räumen und zog mit seiner Familie vom Mai – Oktober 1945 in die Wohnung der beiden Gemeindegewertern in die Olfermannstraße. Das gesamte Fliegerviertel wurde mit Stacheldrahtrollen abgeriegelt und die Bewohner für die englische Besatzung ausquartiert. Die Ausquartierung dauerte unterschiedlich bis 1951. Im Stadtparkrestaurant hatten die britischen Offiziere ein Casino eingerichtet.

Die deutsche Bevölkerung stand vor einer vollständigen Neuorientierung, denn bis zu Hitlers Tod gab es politisch für die übergroße Mehrheit keine Alternative. Sie wünschte keine Rückkehr zur Demokratie. Ihr war seit 1918 eingehämmert worden, daß Demokratie Inflation, Arbeitslosigkeit, Parteienganz, Unsittlichkeit bedeuteten. Demokratie war unerwünscht. Wenn sie sich etwas für die Zukunft hätte wünschen können, dann wäre es ein autoritärer Staat ohne Krieg gewesen. Nun wurde ihr die Demokratie von den Siegern aufgedrückt. Es wurde nach einem Schlagwort von Henneberger wieder abgestimmt und weniger übereingestimmt. Die Niederlage bedeutete für sehr viele Arbeitslosigkeit und vor allem im Winter 46/47 Mangelernährung und Hunger, was sie unter Hitler/Klagges nicht kennengelernt hatten.

Auch die Kirche stand vor einer Neuorientierung. Zu grundlegenden Überlegungen fühlten sich indes die Gemeindegewertern und ihre Pfarrer nicht frei genug. Diese überließ man den Kirchenleitenden, die sich sehr rasch auf das apologetische und entlastende aber historisch unzutreffende Zauberwort „Widerstand“ verständigten. Es wurde das Nächstliegende angepackt. Der Kirchenraum der Paulikirche wurde freigeräumt und es wurden trotz der zerstörten Fenster von Pfingsten bis Totensonntag 1945 Gottesdienste gehalten. Für die Gottesdienste im Winter wurden die Wände der beiden Konfirmandensäle und der dazwischen liegenden Sakristei eingerissen, sodaß ein großer Raum entstanden war.

Die evakuierten Gemeindegewertern kehrten in ihre teils zerstörten Häuser zurück, Flüchtlinge aus dem Osten strömten in die Stadt, ein Jahr später folgten die Vertriebenen, aber merkwürdigerweise wird in der Kirchenchronik von diesem dramatischen Bevölkerungswandel nichts erwähnt. Erst bei der Visitation 1957 beantwortete Pastor Wedekind die Frage nach dem Verhältnis der Flüchtlinge zur Kirchengemeinde als gut, und fügte hinzu: „besser als umgekehrt“.

Fünf Mitglieder des Kirchenvorstandes waren 1945/46 ausgeschieden (Danneberg, Hesse, Lüddeckens, Mack und Globig). Im Dezember 1945 übernahm Pastor Henneberger den Vorsitz. Das war bei den nachlesbaren antisemitischen und pronazistischen Äußerungen Hennebergers eigentlich problematisch, aber Schwarze war wegen seiner NSDAP Parteimitgliedschaft noch weniger nach außen repräsentabel. Bitter war der langjährige Berufverlust für das verdienstvolle Mitglied Höse, weil er zeitweise Vorsitzender des Braunschweiger Sondergerichtes gewesen war. Tatsächlich hatte Höse diesen Posten auf Druck der Partei 1941 wegen zu milder Urteile wieder verloren. Zu den milden

Urteilen gehörte auch der Freispruch für Pastor Buttler 1939. Höse hatte die Verhandlung außerordentlich geschickt geführt und den Freispruch gegen den wütenden Protest der Gestapo und auch des kirchlichen Finanzbevollmächtigten Hoffmeister in Wolfenbüttel durchgesetzt. Letzterer erstrebte die Beseitigung Buttlers aus dem Pfarramt. Es war zutreffend, daß in den landeskirchlichen Entnazifizierungsverfahren Schwarze und Henneberger in die Kategorie IV der Mitläufer und Höse in die Kategorie der Entlasteten eingestuft wurde. Der Staat anerkannte allerdings Höses Kategorisierung aus formalen Gründen nicht an. Höse fand vorübergehend Beschäftigung im Stadtkirchenamt und wurde zu Recht für den Landeskirchentag 1946 nominiert. Auch Propst Leistikow, der klassische Vertreter eines Nebeneinanders von nationalsozialistischem Staat und lutherischer Landeskirche räumte „aus Gesundheitsgründen“ seinen Platz. Sein Nachfolger wurde der Johannispfarrer Otto Jürgens. Weitere personelle Veränderungen ergaben sich bei der Aufstellung der Einheitsliste anlässlich der Kirchenvorstandswahl 1948. Drei Mitglieder waren ausgeschieden (Meyer, Ring, Tetzlaff) und Kaufmann Günther, Angestellter Kysser, Dr. Lohoff, Kaufmann Wagner und erneut Frau Lüddeckens als Vertreter des Männerwerks, der Frauenhilfe, der Gemeindejugend und der Flüchtlinge in den Kirchenvorstand „gewählt“. Der verdiente langjährige Provisor und Kirchenvorsteher Emil Grosse wurde am 28. November 1949 begraben. Sein Nachfolger als Provisor wurde Karl Höse.

Die Volkskirche geht ab 1945 unverändert weiter

Daß zunächst im kirchlichen Alltag alles wie bisher weiterging, lag an der jahrhundertealten Kasualpraxis der Kirche, denn es wurden nach wie vor Taufen, Konfirmationen und Trauungen begehrt. Die Anzahl der Taufen stieg ganz erheblich an. Die 149 Taufen im Jahre 1945 teilen sich in 12 Taufen in den ersten drei Monaten bis zum Einmarsch der amerikanischen Truppen in Braunschweig und 137 in den folgenden neun Monaten. Immerhin lag die Zahl noch weit unter den Taufen während der Kriegsjahre, vermutlich weil auch die Geburtsrate noch niedrig war. 1946 erreichte die Taufziffer bereits den Vorkriegsstand und steigerte sich noch einmal auf 323 Taufen im Jahr 1948. Die Taufen boten besonderen Anlaß zu vermehrter Seelsorge. Von den 300 Taufen des Jahres 1949 waren allein 59 Kinder und Jugendliche, die vor 1945 geboren worden waren. Der Anlaß war unterschiedlich. Die Taufe war verblieben, weil der Vater gefallen war. Nun ließ eine Mutter ihre vier Kinder im Alter von 9 – 15 Jahren taufen. Im September wurden auf einmal acht Kinder getauft, davon drei mit 7 und acht Jahren, deren Vater tot war. Der Verwaltungsdirektor des Großen Waisenhauses brachte 9 Jungen und drei Mädchen vom Geburtsjahrgang 1934 und 1935 zur Taufe und stellte selber bei allen den Paten. Was bedeuteten diese Taufen für die vorangehende und nachfolgende Seelsorge?

Jahr	Taufen	Trauungen	Konfirmationen
1944	48	31	51
1945	149	39	45
1946	261	69	124
1947	293	115	138
1948	323	111	136
1949	300	98	191
1950	223	94	267

Noch schwieriger war die seelsorgerliche Situation bei den Konfirmanden. Die 138 Konfirmanden, die am 30. März 1947 im Dom konfirmiert wurden, gehörten fünf Geburtsjahrgängen an: zwei waren 19 Jahre, je drei 18 und 17 Jahre, dreißig 16 Jahre, fünfundsiebzig 15 Jahre und vierundzwanzig 14 Jahre alt. Schon das unterschiedliche Alter ergab eine schwierige Unterrichtssituation. Alle waren zwischen 1938 und 1944 zur HJ (Hitlerjugend) oder zum BDM (Bund Deutscher Mädels) gekommen und werden größtenteils die dort herrschende Begeisterung, die schmissigen Lieder, Kommandoton und Führerjargon der in der Regel jugendlichen Führer in sich aufgesogen haben. Welche Chancen hatten da der 50 jährige Pastor Schwarze und der 53 jährige Pastor Henneberger mit Katechismusstoff und Chorälepaucken? Der Stadtjugendwart Hermann Kolb berichtete im Oktober 1945 Propst Leistikow

über die Verfassung dieser Jugend: die zwischen Vierzehn- und Neunzehnjährigen wären vollständig resigniert und teilnahmslos und suchten einen Ausweg in „Oberflächlichkeit und Sinnenlust“.

Von den 39 Trauungen hatten sechs bis zum April 1945 stattgefunden, die letzte am 29. März und die erste „Friedenstraung“ am 23.5.1945. Erstmals in der Geschichte der Pauligemeinde meldeten sich konfessionsgemischte Ehepaare zur kirchlichen Trauung an: 1947 war von 18 Paaren ein Partner katholisch, meistens aus den in die Kirchengemeinde verschlagenen Flüchtlingen aus den Ostgebieten. Eine Frau stammte aus der Ukraine und war orthodox. Sie gehörte wohl zu den ehemaligen Zwangsarbeiterinnen. Zwei Männer stammten aus England. Es waren Angehörige von der im Fliegerviertel einquartierten 5. Division. Sie waren anglikanisch.

Viele meldeten sich in die Kirche zurück. Vom 10. Mai 1945 bis Ende des Jahres traten 56 Personen wieder in die Paulikirchengemeinde ein. Es wurden 1946: 31; 1947: 46; 1948: 69; 1949: 39; 1950: 37 Übertritte gemeldet. Ob der Vorgang formlos oder nach einem Gespräch oder gar nach einer Art Kurzunterricht vorgenommen wurde und ob er im Amtszimmer oder in der Sakristei oder im Gottesdienst erfolgte, ist nicht berichtet. In der Braunschweiger Pfarrerschaft war das Vorgehen uneinheitlich, sodaß das Landeskirchenamt schließlich empfahl, eine wenigstens kurze Besinnungspause zwischen dem Begehren und dem Vollzug des Wiedereintritts einzulegen. Aber warum sollten die Pfarrer an Pauli diesen Fall anders behandeln als 1934, nämlich formlos? Dieser Anstieg der Ziffern für die Taufen, Trauungen und Konfirmanden und die Wiedereintritte konnten wieder als eine Rückkehr des echten Religiösen interpretiert werden.

Aus der Trümmerlandschaft sammelten sich im Herbst 1945 bei Frau Nikolmann die konfirmierten Mädchen und Frau Vestner begann mit Kinderarbeit. Im Frühjahr 1946 fand in der Wohnung von Pastor Schwarze nachmittags Jugendarbeit statt. Später kümmerten sich um die Jungen die älteren Schüler der Gaußschule und des Wilhelmgymnasiums Horst Probst, Rolf Dieter und Walter Gerhardt, Wolfram Froeb und Ulrich Trinks und um die Mädchen Frau Irene Pleus -Volkman und Frl. E. Müller.

Frau Ilse Martin, die die Ausbildung als Gemeindehelferin an der sog. Ev. Akademie durchlaufen hatte, war seit 1948 in der Gemeinde tätig. Schwester Erna Nitsche, seit 1933 zusammen mit der Diakonisse Maria in der pflegerischen Arbeit tätig, wirkte prägend im Kindergottesdienst mit.

Der kirchliche Wiederaufbau ohne Konzept

Zum Hauptthema des kirchlichen Handelns war von Propst Otto Jürgens schon 1946 der Wiederaufbau der Innenstadtkirchen gemacht worden. Dabei wurde nicht nach der kommenden zahlenmäßigen Größe der Gemeinde und ihrem theologischen Profil gefragt oder der groteske Zuschnitt der Gemeindebezirke der Innenstadtkirchen revidiert. Es wurde auch nicht diskutiert, ob auf einem derart engen Raum wie in der Braunschweiger Innenstadt so viele geräumige Kirchen in Zukunft nötig wären. Es sollte einfach alles möglichst wieder so werden, wie es gewesen war. Das erschien eher als eine Trotzreaktion und war vor allem eine kirchenpolitische und theologische Gedankenlosigkeit. Diese entsprach indes der großen Linie in der Evangelischen Kirche in Deutschland, für die der neue Bischof von Berlin, Otto Dibelius, die problematische Parole ausgegeben hatte: „Wir fangen da an, wo wir 1933 aufgehört haben“.

Eigentlich aber erschien nichts dringlicher als die Überlegung: ist es Gottes Wille, daß die beispiellose Zerstörung der Innenstadtkirchen wieder rückgängig gemacht werden soll? War das volkskirchliche Modell auch ein Modell für die Zukunft? Das Motto des Wiederaufbaus ersparte einen bußfertigen Rückblick, setzte aber Energien für die kommende Kirche frei. In den Köpfen der Sammelbegeisterten und Opferwilligen schien die Frage nach einer anderen Kirche als jene, die zerstört worden war, nicht an der Tagesordnung. In allen Kirchengemeinden der Stadt wurde für den Wiederaufbau gesammelt, in Pauli kamen 28.000,- RM allein im Jahr 1946 zusammen, aber die zu Lasten der breiten Masse verordnete Währungsreform vom Sommer 1948 ließ die Ersparnisse auf 10 Prozent zusammenschmelzen. Bei einem erneuten Anlauf kamen 8.000 DM zusammen, umgerechnet 80.000 RM, und damit konnten die nötigsten Reparaturarbeiten begonnen werden.

Der Wiederaufbau zog sich in allen Kirchengemeinden sehr lange hin und ging in Etappen vor sich. In der Pauligemeinde wurde am Palmsonntag 1949 ein erster Gottesdienst zusammen mit der

Konfirmation in der notdürftig wiederhergestellten und verglasten Kirche gehalten, im August 1949 notdürftig die dreimanualige, pneumatische Orgel und im Winter die Heizung in Betrieb genommen. Aber die Reparaturen erwiesen sich nicht als dauerhaft, die Kirche mußte erneut von Karfreitag 1950 bis zum 4. Advent 1951 geschlossen werden. Die Gottesdienste wurden wieder im Konfirmandensaal abgehalten. Nachdem 1951 ein Kirchendach über das gesicherte Gewölbe gesetzt war, wurde am 23. 12. 1951 eine erneute Wiedereinweihung der immer noch höchst provisorischen Kirche gefeiert.

Der volksskirchliche Aufschwung und Fragen in den 50iger Jahren

Die Volkskirche geht immer noch weiter.

Eine Übersicht über die Kasualpraxis der 50iger Jahre zeigt die außerordentliche Verfestigung des volksskirchlichen Charakters in der Gemeinde, die dem Trend der Landeskirche entsprach.

Jahr	Taufen	Trauungen	Konfirmation	Bestattungen	Eintritte	Austritte
1951	275	98	285	287	29	97
1952	265	107	316	305	31	78
1953	296	126	375	372	79	75
1954	264	100	379	380	37	87
1955	243	115	451	315	40	83
1956	313	101	520	385	75	81
1957	310	134	437	357	75	52
1958	262	134	435	353	62	51
1959	260	118	373	351	46	103

Die Ziffern von Taufen und Konfirmationen gipfelten im Jahr 1956. Die in der Nachkriegszeit unbeantwortet gebliebenen Fragen stellten sich erneut: was bedeutet die Zahl von 520 Hauptkonfirmanden und 437 Vorkonfirmanden für einen soliden Unterricht? In einen Klassenraum waren bis zu 70 Konfirmanden gestopft. Wie ist eine Konfirmation mit 267 Konfirmanden am 18. März 1956 durch Pastor Schwarze und 183 Konfirmanden am 25. März durch Pastor Henneberger noch sinnvoll und seelsorgerlich abzuhalten? Das Kirchenvorstandsmitglied Wagner brachte das Thema wiederholt jedoch vergeblich in den Kirchenvorstandssitzungen auf die Tagesordnung. „Es ist doch unverantwortlich, die Pastoren zu beauftragen, in so großer Zahl Kinder zur Konfirmation vorzubereiten. Hier ist doch wirklich ein echtes Problem zu lösen,“ schüttete er im Mai 1954 sein Herz bei Propst Jürgens aus. Die drei Pfarrer waren mit der Erledigung der Amtshandlungen vollauf beschäftigt. Bereits in den 50iger Jahren setzte eine Entwicklung ein, die sich in den folgenden Jahrzehnte beschleunigte, nämlich daß die Anzahl der Bestattungen die der Taufen überstieg und die Zahl der Austritte die der Eintritte.

Die Frauenhilfen der drei Bezirke hatten ihre Vereinstätigkeit wieder aufgenommen. Sie wurden von, Frau Lüddeckens (Bezirk 1), Frau Höse (Bezirk 2) und Frau Tetzlaff (Bezirk 3) geleitet. Die Frauenhilfen feierten im Mai und Oktober 1953 ihr jeweils 25 jähriges Bestehen mit Festgottesdiensten und einem festlichen Nachmittag im Stadtparkrestaurant. Auch die Arbeit im Männerkreis nahm ihren Fortgang. Neu war das starke Aufblühen der Mädchenarbeit durch Frau Johanna Schnabel, die von der Propstei als Stadtjugendwart eingestellt worden war und die konfirmierte weibliche Jugend in drei Gruppen zu ca. 15-20 Mädchen an drei Tagen in den beengten Räumlichkeiten der Pfarrwohnung von Pastor Schwarze in der Bernerstraße um sich sammelte. Aus dieser Arbeit sind zwei Pastorinnen, eine Diakonin und eine langjährige Mitarbeiterin im Diakonischen Werk hervorgegangen. Neu war auch die Gründung einer Müttergruppe, die sich jahrzehnte lang gehalten hat.

Neues Gesangbuch - neuer Gottesdienstraum – neue Gottesdienstordnung

Die 50iger Jahre brachten wie in der ganzen Landeskirche so auch in der Pauligemeinde einschneidende Reformen für die Gottesdienstbesucher.

Ab Januar 1955 wurde auch in Pauli das neue Evangelische Gesangbuch (EKG) benutzt. Es löste das Braunschweigische Gesangbuch von 1902 ab, das die Gemeinde durch zwei Weltkriege begleitet hatte. Es entfiel das Anschlagen von jeweils zwei Nummern für ein Lied, nämlich die Nummer aus

dem Braunschweiger und aus dem schlesischen bzw. ostpreußischen Gesangbuch. Viele Gemeindeglieder von Pauli trauerten ihrem alten Gesangbuch nach. Das neue war textlich und melodiemäßig ein Weg zurück in die reformatorische Zeit. Es fehlten die eher gemütvollen Lieder des 19. Jahrhunderts.

1956 hatte die Kirche eine neue Vermalung und einen neuen Fußboden erhalten, sodaß nunmehr im September im Zusammenhang mit der 50. Wiederkehr der Kirchweihe eine feierliche Wiedereinweihung durch Landesbischof Martin Erdmann vorgenommen wurde. Wer die alte neuromanische Innenvermalung und den gotisierenden Altaraufsatz kannte, mußte feststellen: die alte, geläufige Paulikirche des Stadtbaurats Winter war nicht mehr restaurierbar. Sie war auch gezielt von den erhaltenen Gegenständen des Historismus „gereinigt“ worden. Pastor Schwarze schrieb in die Kirchenchronik: „Nun haben wir unsere Kirche schöner denn je.“

Immer wieder hatte sich der Organist Pleus-Volkman für die Begleitung der Gemeinde mit einem Harmonium im Konfirmandensaal begnügen müssen und dies meisterlich traktiert. Im Sommer 1957 wurde die vom Braunschweiger Orgelbauer Otto Dutkowski reparierte und neu gestimmte historische Orgel mit einem Abendkonzert vom Organisten Pleus-Volkman in Gebrauch genommen.

1959 wurde früher als in anderen Kirchengemeinden die von der Landessynode zur Erprobung freigegebene völlig neue Gottesdienstordnung in Pauli eingeführt. Damit verabschiedete sich die Gottesdienstgemeinde von dem verbliebenen Rest einer Braunschweiger territorialen Eigenständigkeit. Auch diese neue Ordnung bedeutete für die regelmäßigen Gottesdienstbesucher wie schon bei den Gesängen ein Ende vom erhebenden, mit Orgel begleiteten Altargesang und ein Eingewöhnen in strengere, in die Zeit Luthers zurückreichende liturgische Formen. Aber die Einführung gelang mit Hilfe des vom Organisten Pleus-Volkman geleiteten Jugendchores und des gemischten Chores von Dr. Böhme ohne Schwierigkeiten.

Besondere Gottesdienste

Neben der Veränderung der sonntäglichen Gottesdienstform bürgerte sich der wiederkehrende Gottesdienst anlässlich der Goldenen Konfirmation ein, die erstmals im Frühsommer 1957 gefeiert wurde.

Nach dem Kriege waren immer wieder in der Landeskirche und auch in Pauli am Ende des Kirchenjahres abwechselnd von allen drei Paulipfarrern Fürbittandachten für die Rückkehr der Kriegsgefangenen gehalten worden. „Aber die Beteiligung der „großen Gemeinde“ ließ leider sehr zu wünschen übrig,“ vermerkte Pastor Wedekind in der Chronik. „Wenn das unsere Gefangenen, ja immer noch gefangen gehaltenen Brüder im Osten wüßten“. Wedekind sprach aus Erfahrung. Er war in die Luftwaffe eingezogen worden und am Ende in amerikanische Gefangenschaft geraten und 1945 wieder entlassen worden. Als 1953 die ersten großen Heimkehrertransporte aus dem Osten in der Bundesrepublik ankamen, wurde der Heimkehrenden der Pauligemeinde in einem besonderen Dank- und Bittgottesdienst gedacht. Auch im Oktober 1955 waren unter den Freigelassenen wieder Gemeindeglieder aus Pauli, derer im Gottesdienst besonders gedacht und für die Rückkehr gedankt wurde.

Auf besondere Resonanz stieß ein Gedenkgottesdienst anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Bombennacht vom Oktober 1944, den Pastor Henneberger in Pauli hielt.

Aus diesem Anlaß war im Braunschweiger Volksblatt ein Artikel von Pastor H.H.Ulrich erschienen, der die Situation des noch immer schwer gezeichneten Braunschweig und seiner Gemeindeglieder mit der Lage des Gottesknechtes Hiob verglich. Hiob war das unschuldige Opfer eines Streites zwischen Gott und dem Versucher und mochte sein schweres Schicksal als Heimsuchung verstehen. Ratlos stünden die Braunschweiger Gemeinden vor der Frage, wie Gott dies alles hätte zulassen können. Damit war die andere, naheliegendere Frage verdrängt, wie die Braunschweiger ihre Begeisterung für Hitler und die Kirche ihre Nähe und ihr „geordnetes Nebeneinander“ zum sichtbar verbrecherischen Staat Hitlers hatten zulassen können. Der Vergleich mit Hiob endete mit dem Zitat, daß Hiob zweifach wiedervergolten worden wäre, was er erlitten hatte, ein deplazierter und peinlicher Hinweis auf Wiederaufbau und Wirtschaftswunder.

Eine sehr große Zahl von festlich gestimmten Gottesdienstbesuchern fand sich im Januar 1955 anlässlich des 25jährigen Dienstjubiläums von Pastor Schwarze an Pauli ein.

Eine besondere Anziehung zu den Gottesdiensten übte das kunstvolle, textbezogene Orgelspiel des Organisten Pleus-Volkman aus. Pleus-Volkman gab auch wiederholt Orgelkonzerte. Sein bevorzugter Komponist war Joh. Seb. Bach, dessen „Kunst der Fuge“ er bis zum seinem Tode 1983 viermal auf der Pauliorgel darbot. Neben seinem Chor, der vor allem die Gottesdienste bereicherte, organisierte Pleus auch Chorkonzerte auswärtiger Chöre, z.B. der Schützkantorei. In der Nachkriegszeit wurde die Aufführung der Johannespassion im Bachjahr 1950 durch die Braunschweiger Singakademie als herausragender Höhepunkt empfunden. Dabei kamen auch die musikalischen Gegensätze zur Musikauffassung von Ellinor Heyde-Dohrn zum Vorschein, die seit 1945 am Dom neben den Werken Alter Meister auch die Aufführungen zeitgenössischer Kirchenmusik pflegte.

Ein erster konfessionsüberschreitender Anfang wurde mit einem Allianzgottesdienst am 7. September 1952 für alle Stadtgemeinden gemacht. Gemeinsam mit den Gemeindegliedern der Freikirchen und der methodistischen Kirche wurde das Thema des Stuttgarter Kirchentages „Wähle das Leben“ anhand biblischer Texte behandelt. „Die Beteiligung seitens der Gemeinschaften, die auch für mehrfachen Chorgesang sorgten, war erfreulicher als die der Kirchengemeinden“, bemerkte P. Wedekind in der Kirchenchronik. Immerhin öffnete sich die Pauligemeinde, wenn auch zurückhaltend nun auch anderen christlichen Kirchen, ein Vorspiel für die spätere Zusammenarbeit mit der katholischen Kirchengemeinde.

Anfragen durch Pastor Wilhelm Wedekind

Bewegung und neues Nachdenken kam durch den dritten Pfarrer an Pauli Wilhelm Wedekind in das Gemeindeleben. Der Kirchenvorstand hatte ihn auf die seit 1942 verwaiste Pfarrstelle II gewählt. Der 46 jährige Pastor Wedekind war neben Henneberger und Schwarze nun der jüngste. Dem Kirchenvorstand gehörten 1950 unter anderen an: Prof. Kellner (seit 1936), Landgerichtsdirektor z.W. Höse (seit 1935), Oberstudienrat a.D. Dr. Bock (seit 1941), Dr. med. Hanke (seit 1941), Walter Kaysser (seit 1949), Stadtsekretär i.R. Urban (seit 1936), Kurt Wagner (seit 1949), Frau Helene Lüddeckens (seit 1929), Frau Ilse Vestner (seit 1941), Walter Köhler (seit 1941).

Am 17. September 1950 hielt Wedekind anlässlich seiner Einführung die erste Predigt in Pauli. Wedekind war seit 1934 Pfarrer in Gr. Döhren gewesen, das bis 1941 zur Hannoverschen Landeskirche gehört hatte. In jenem Jahr wurde das Gebiet um Goslar und Salzgitter gegen das von Holzminden eingetauscht und kam zur Braunschweiger Landeskirche. Im Nachruf zum Tode Wedekinds im Jahre 2000 schrieb Frau OLKRÄtin Müller, Wedekind hätte im Nationalsozialismus Widerstand geleistet. Das mochte sich u.a. darauf beziehen, daß Wedekind 1938 den Treueid auf Adolf Hitler verweigert hatte. Die Eidesverweigerung war in der Pfarrerschaft sehr selten. Henneberger und Schwarze hatten mit allen anderen Braunschweiger Pfarrern am 20. April 1938 den Treueid nach einem feierlichen Gottesdienst in der Martinikirche geleistet. Wedekind vertrat also offenkundig nicht den Kurs der Mitte, der in der Braunschweiger Landeskirche der übliche und offiziöse gewesen war. Das unterschied ihn von seinen künftigen Kollegen an Pauli.

Fragen zur Taufe

Es traten in den folgenden Jahren gravierende, auch die Kirchengemeinde berührende Unterschiede hervor. Wedekind hatte während seines Studiums in Göttingen den reformierten Professor Karl Barth gehört und war von der kleinen Schrift Barths „Die kirchliche Lehre von der Taufe“ aus dem Jahre 1947 angetan. Darin forderte Barth die Abschaffung der Säuglingstaufe, weil sie unbiblisch wäre und weil das Bekenntnis des Täuflings ein grundlegender Bestandteil der Taufe wäre. Ein solches Bekenntnis war nur als Erwachsener möglich. Die Schrift Barths löste in allen Landeskirchen eine große Debatte aus, weil damit der volkskirchliche Charakter der evangelischen Kirche stark gefährdet war. Das hatte Karl Barth auch beabsichtigt. Es war der Versuch zu einer Kirche, die nicht weitermachte, als ob nichts geschehen wäre. Auch die Braunschweiger Landessynode beschäftigte sich mit diesem Thema und verabschiedete den ersten Abschnitt einer Lebensordnung über die Taufe. Wedekind machte aus seiner theologischen Ansicht keinen Hehl und stieß auf Widerspruch beim

Kirchenvorsteher Kurt Wagner. Wagner schrieb ans Landeskirchenamt, daß die Bekenntnislage Wedekinds unklar wäre. Ob er reformierte Neigungen hätte? Wagner hielt sich persönlich zur Brüderngemeinde und gab den Brüdernrundbrief heraus. Die Brüderngemeinde hatte sich unter Pfarrer Witte, der sich 1937 vergeblich um die Pfarrstelle an Pauli beworben hatte, in der Nachkriegszeit zu einer lutherisch orthodoxen Hochburg entwickelt. Der Vikar Wittes, Helmut Lieberg, warf sämtlichen Braunschweiger Stadtpfarrern Ungläubigkeit und Bekenntniswidrigkeit vor und verweigerte die Abendmahlsgemeinschaft mit ihnen.. Die Hinwendung zur lutherischen Orthodoxie konnte als eine andere Antwort der Landeskirche auf den Nationalsozialismus gedeutet werden. Vor 1945 hätte die Landeskirche das Bekenntnis verraten, nun müßte es besonders gepflegt werden. Die Brüderngemeinde fühlte sich daher als Nachfolgerin des Pfarrernotbundes. Zur Brüderngemeinde hielt sich auch Pastor Schwarze, der dort regelmäßig Predigtvertretung machte.

Nun drohte der nur mühsam gezähmte Konflikt zwischen Propstei Braunschweig und der Brüdernkirche in die Pauligemeinde überzuschwappen und zwar an der Frage der Taufe. An Pauli waren „Massentaufen von acht Kindern“, wie der Organist Pleus spöttisch vermerkte, durchaus üblich. Wedekind hielt schon damals anders als viele Braunschweiger Stadtpfarrer gründliche Taufgespräche mit den Eltern und Paten seelsorgerlich für nötig. Er ließ den Taufeltern vor dem Taufgespräch ein Schreiben mit drei Fragen zukommen, darunter: „Was mag Sie dazu bewegen, Ihr Kind taufen zu lassen?“ oder: „Mit Recht heißt es: Das getaufte Kind bedarf einer Heimat, in der Gebet und Gottes Wort Raum hat. Ob dafür bei Ihnen gesorgt ist?“ Wedekind stieß mit diesen seelsorgerlich gemeinten Fragen in eine schwärende Wunde der Volkskirche, die gedankenlos die Taufe bei allen vornahm, die sie begehrten.

Bei der nach 1946 und 1948 dritten Nachkriegskirchenvisitation im September 1953 durch Propst Otto Jürgens kam diese Frage im Kirchenvorstand auf die Tagesordnung. Wedekind wäre ganz offensichtlich Calvinist. Wagner hätte „nicht klar erkannt, was Herr Wedekind bekennt“. Henneberger bezeichnete in der Sitzung die theologische Divergenz als „sehr ernst“. Wedekind fühlte sich vom Kirchenvorstand teilweise im Stich gelassen und schrieb daher in den Visitationsbogen, daß die Mitarbeit der Kirchenvorsteher wohl nicht bei allen gleichmäßig in Erscheinung träte und „dementsprechend auch die Unterstützung,“ um die einige Mitglieder tatkräftig bemüht wären. Dem Kirchenvorstand war eine gewisse „Dreigleisigkeit“ der theologische Richtungen der drei Paulipfarrer nicht verborgen geblieben. Im verkürzten Gemeindejargon galt P. Schwarze als frommer Rechter, P. Wedekind als frommer Linker und P. Henneberger galt als weltoffener liberaler Lutheraner.

Das Brüderngesetz

Die offene Frage nach einer Einordnung der Brüderngemeinde in die mild lutherisch-volkskirchlich gesonnenen Innenstadtgemeinden führte nach einer sechsjährigen Auseinandersetzung in der Landessynode 1954 zum sog. Brüderngesetz, in dem die Landessynode den Gebrauch der Ewigen Lampe und anderer liturgischer Besonderheiten der Brüderngemeinde untersagte. Wedekind fand eine gesetzliche Regelung dieser geistlichen Frage falsch und hielt im Sommer 1954 zwei sehr gut besuchte Gemeindeabende unter dem Thema „Ein bedenkliches Kirchengesetz“ ab. „Diese Abende brachten nicht nur zahlreiche Besucher zusammen, sondern auch (was leider nur ganz selten vorkommt!) die 3 Pfarrer zu einer gemeinsamen Besinnung, bei der wir uns auch ein wenig auseinandersetzen“, vermerkte Wedekind hintersinnig in der Kirchenchronik.

Fragen zur Konfirmation

Wedekind fand auch das sog. Gelübde bei der Konfirmation für „subjektiv eine unmögliche Zumutung und objektiv eine unmögliche Forderung“. Dieser Mißstand wurde bereits in den lutherischen Kirchen heftig diskutiert. Henneberger hatte schon 1936 die Fragen an die Konfirmanden selbständig umformuliert. Wedekind hatte auf das Gelübde ganz verzichtet, was auch in der Visitation 1953 berichtet worden war. Vor allem wollte Wedekind die Eltern mit in die geistliche Verantwortung einbeziehen, lud für einen Kurs bis zu sechs Elternabenden ein und trennte schließlich die Konfirmation am Sonntag als Abschluß der Unterrichtszeit vom Bekenntnis der Konfirmanden mit gemeinsamen Abendmahl einige Tage später. Das zerstörte die traditionellen Vorstellungen der Eltern von Konfirmation und da Wedekind das schriftliche Einverständnis der Eltern zu diesem Vorgehen erbat oder die Abmeldung der Konfirmanden verlangte, meldete die Mehrheit der Eltern ihre Kinder von der Konfirmation 1957 bei Wedekind ab und bei P. Henneberger oder P. Schwarze an. Schwarze

konfirmierte am 24. März 233 Konfirmanden, Henneberger am 31. März 181 Konfirmanden und Wedekind ebenfalls am 31. März 18 Konfirmanden. Wedekind fragte im Landeskirchenamt an, wie er es im Jahre 1958 halten sollte. Diese Frage wurde auf die Tagesordnung des Kirchenvorstandes im Dezember 1957 gesetzt, aber die Aussprache verlief unergiebig. Wedekind hatte den Eindruck, die Aussprache wäre „reichlich anstößig“ verlaufen. O.L.K.R. H.E. Seebaß hatte noch im März 1957 schriftlich auf der Durchführung der Konfirmationsordnung aus dem Jahre 1926 bestanden, wozu sich Wedekind nicht im Stande sah. Diese Unruhe führte zu einer Visitation im Januar 1958 durch Propst Jürgens, der auf Ausgleich der drei Pfarrer bedacht war. Landesbischof Erdmann und Propst Jürgens luden die drei Paulipfarrer zu einer Aussprache im Februar 1958 ein, darin erklärte sich Wedekind bereit, in Zukunft die von der VELKD bereits verabschiedete, völlig überarbeitete Konfirmationsordnung zu verwenden. Wedekind war in seinem theologischen Denken den anderen Gesprächspartnern weit voraus, wie schon damals 1938. Aber auch im Jahr 1958 änderte sich nichts an der Unverhältnismäßigkeit der Konfirmandenzahl. P. Schwarze konfirmierte am 16. März 1958 214 Konfirmanden, Henneberger am 30. März 209 Konfirmanden und Wedekind am 23. März 48 Konfirmanden. Wedekind mochte es als einen Fortschritt empfinden, daß sich zur Konfirmation 1959 bereits 53 stark vom persönlichen Nachfolgegedanken geprägte Konfirmanden bei ihm einfanden. Dieser interessante Reformversuch hatte nur als gemeinsames Projekt aller drei Paulipfarrer eine Chance. So endete dieses kirchlich gesehen verheißungsvolle, aber ungeschickt eingefädelt Projekt mit dem körperlichen Zusammenbruch Wedekinds, von dem sich Wedekind ab Herbst 1958 erst nach einem Vierteljahr erholte. Im Oktober 1958 verabschiedete endlich die Landessynode eine völlig neue Konfirmationsordnung.

Der Linksverdacht

Zu diesen gravierenden, theologischen Unterschieden, die sich weit in das Leben der Pauligemeinde erstreckten, kam ein weiterer schwerwiegender Unterschied. Auf Wedekind traf unausgesprochen ein heftiger theologischer und kirchenpolitischer Linksverdacht. Dieser war auch dadurch begründet, daß sich Wedekind 1954 um ein Pfarramt in einer der unierten Landeskirchen in der „Ostzone“ beworben hatte. Der Wechsel vom Westen nach Osten war damals durchaus möglich und die Ostkirchen hatten um Hilfe und personelle Unterstützung gebeten. Wedekind hatte an eine zeitlich begrenzte Beurlaubung gedacht. Aber das Landeskirchenamt reagierte verständnislos. Wenn er wollte, könnte er nach Blankenburg gehen. Die Pfarrstelle an Pauli ginge allerdings in der Zwischenzeit verloren. Darauf wollte sich Wedekind begrifflicherweise nicht einlassen.

Im Juli 1954 besuchte eine Gemeindegruppe mit P. Wedekind den Leipziger Kirchentag und berichtete nach der Rückkehr begeistert. Für die Brüderngemeinde hingegen war die ganze Kirchentagsbewegung ein Greuel an heiliger Stätte.

Der Linksverdacht wurde öffentlich, als Wedekind im Morgengottesdienst des 21. September 1958 eine Erklärung der Prager Friedenskonferenz von der Paulikanzel abkündigte. Die Prager Friedenskonferenz galt in der Bundesrepublik der 50iger Jahre als kommunistisch verseucht und unterwandert. In der Botschaft der Konferenz, die vom 1.-3. Juni 1958 in Prag getagt hatte, wurde jedes Spiel mit dem Gedanken eines Atomkrieges und das Vorbereiten solchen Krieges als Aufruhr gegen Gott und Verschulden am Leben der Menschheit bezeichnet. „Durch IHN sind wir nüchtern gemacht. Darum laßt uns nicht durch Unterschätzung und Verkleinerung der atomaren Gefahr verführt und betrogen werden. Laßt uns einander warnen, daß wir auch nicht durch Gleichgültigkeit schuldig werden oder gar durch Unachtsamkeit dem Verbrechen unsere Hand bieten. Laßt uns nicht von dem Wahn verführen lassen, daß die großen Weltprobleme durch Gewalt oder Druck oder Kalten Krieg gelöst werden können.“ Der Bundestag hatte im März die atomare Bewaffnung der Bundeswehr beschlossen, SPD und Gewerkschaften hatten eine Kampagne „Gegen den Atomtod“ gestartet und die EKD-Synode in Berlin wäre im April 1958 über dieser Frage fast zerbrochen. So konnte die Botschaft der Prager Friedenskonferenz als einseitige Stellungnahme interpretiert werden. Auch das Sonntagsblatt hatte ausführlich von der Prager Friedenskonferenz berichtet. Wedekind hing den vollständigen Text der Botschaft in den Schaukasten. Die Angelegenheit wurde am 2. Oktober 1958 von der Kirchenregierung behandelt und die Darstellung Wedekinds und des Sonntagsblattes als einseitig kritisiert.

Fragen zur Wiederaufrüstung

Inzwischen war Braunschweig im Zuge der Wiederaufrüstung wieder Garnisonstadt geworden. Es sollte auch eine Garnisongemeinde entstehen. In Pauli war eine vierte Pfarrstelle eingerichtet worden, in die der 52 Jahre alte Pfarrer Otto Gravenhorst am 2. Februar 1958 eingeführt worden war. Gravenhorst, Jahrgang 1905, war seit 1927 Offizier im damaligen Heer, seit 1936 Berufsoffizier und hatte den Krieg als Regimentskommandeur verwundet im Rang eines Oberst beendet. Nach dem Krieg wandte er sich der Theologie zu. Nach sechs Semestern förderte ihn die Braunschweiger Kirchenleitung, der das ritterliche Auftreten des Ehepaares besonders imponierte, durch die theologischen Examen und verschuf ihm die Pfarrstelle in Lauingen. Das dortige Leben auf dem Lande bei den einfachen Verhältnissen und Ansprüchen genügte Gravenhorst nach wenigen Jahren nicht und so kam er nach Pauli im Nebenamt mit dem Auftrag eines Garnisonpfarrers versehen. Auf seinem Briefkopfe firmierte er gelegentlich als „Pastor an St. Pauli, Oberst a.D.“ Das ließ eine einseitige Reflektion seiner Militärzeit erkennen. Als sich sein Kollege Wedekind in einer Gemeindeveranstaltung seines Bezirkes am 14.1.1959 unter dem Thema „Christ und Krieg“ kritisch zu dem aktuellen militärischen Kurs der Adenauerregierung äußerte, empörte sich Major Meyer und Pastor Gravenhorst gab diese Empörung an das Landeskirchenamt weiter. Wedekind wäre das „störrische Schaf“ und habe so gut wie keinen Anhang, nur bei den Friedensleuten von Dr. Wenzel und seinen SPD-Parteigenossen. Die anderen Amtsbrüder wären „in dieser Hinsicht durchaus auf gesundem Kurs“, so daß eine Schädigung der Bundeswehr, wenn sie nicht gerade zu W's Veranstaltungen gingen, kaum zu erwarten stünde. Im Februar 1959 bewarb sich Wedekind auf die Pfarrstelle Steterburg, wo er ab Sommer 1959 bis zu seinem Ruhestand das Pfarramt versah.

Abschluß eines Geschichtsabschnittes

Der Schluß dieses Geschichtsabschnittes war von erheblichem personellem Wechsel markiert. Schon im Herbst 1957 hatte nach 29jährigem Dienst in bewegter Zeit der Küster Fritz Ahrens 66jährig sein Küsteramt niedergelegt. Bei der Kirchenvorstandswahl im März 1960 wurde nicht, wie immer noch in den meisten Gemeinden üblich, auf ein Wahlgang verzichtet, sondern es waren zwei konkurrierende Listen mit insgesamt 23 Kandidaten aufgestellt, von denen nur noch acht dem bisherigen Kirchenvorstand angehörten. Fünf andere hatten sich nicht mehr aufstellen lassen. Sechs Kirchenvorsteherinnen und Kirchenvorsteher wurden wiedergewählt (Höse, Peters, Vestner, Köhler, Kaysser, Lüddeckens), zwei wurden nicht wiedergewählt (Wagner und Dr. Hanke) und sechs zogen neu in den Kirchenvorstand ein (Frau Bürger, Frau Bloens und die Herren Bender, Brandt, Paret, Ritmeyer). Im Juni 1960 ging Pastor Schwarze nach 33 Jahren an Pauli in den Ruhestand.

So markiert Jahr 1960 einen neuen Abschnitt, der mit einer traurigen Kuriosität schloß. Pastor Goetze war 1955 nach Braunschweig gesundheitlich angeschlagen in sein Haus in der Bernerstraße zurückgekehrt. Es hatte in den vergangenen zehn Jahren keinen gemeinsamen Gottesdienst der Pfarrer Henneberger, Schwarze und Goetze in der Paulikirche gegeben. Es hatte Versuche gegeben, das beschädigte Verhältnis zu Goetze in Ordnung zu bringen. Am 8. Mai 1945 hatte OLKR Röpke einen Brief an Goetze geschrieben und ihn um Rückkehr in das Pfarramt Pauli II gebeten. Das bittere Unrecht, das ihm geschehen wäre, wäre auf „höhere Anweisung“ erfolgt. Das war weniger als die halbe Wahrheit. Nur gut drei Jahre vorher hatte Röpke am Heilig Abend 1941 an den Reichskirchenminister geschrieben, er halte „auch aus persönlicher Sicht die Versetzung in den Ruhestand für geboten“. Aber Goetze wollte in der Gemeinde seines inzwischen an der Front gefallenen Sohnes bleiben. Nun war er 75 jährig wieder in seine alte Gemeinde zurückgekehrt. Es mag auch eine Portion schlechtes Gewissen dabei gewesen sein, daß Landesbischof Erdmann ihm unter dem Datum des 26. Juli 1960, Goetzes 80. Geburtstages, mitteilte, daß die Kirchenregierung ihm den Ehrentitel Kirchenrat verliehen hatte. Zwei Tage vorher war Goetze verstorben.

Ein Rückblick auf die dreißig Jahre Paulikirchengeschichte kann unser Nachdenken schärfen, den Beginn neuer Entwicklungen in unserer Landeskirche daraufhin zu prüfen, ob sie mit dem Evangelium vereinbar sind, ob sie vor dem Recht Bestand haben, ob sie den Gemeindemitgliedern dienen, ob sie das geistliche und gesellschaftliche Leben in der Kirchengemeinde fördern und ob sie jedem autoritären Geist in Kirche und Gesellschaft widerstehen.